

DEMOKRATIE STÄRKEN

Reformen:
Wo die Schweizer Demokratie
ein Update braucht **4**

Bildung:
Wie Politik für Kinder und
Jugendliche erlebbar wird **7**

Medien:
Warum sie in der Krise sind
und welche Lösungen es jetzt
braucht **10, 12**

Magazin für Geld und Geist

moneta

online
moneta.ch

2 2025



4 Stillstand ist keine Lösung

7 Viel mehr als Staatskunde

10 Daniel Vogler:
«Das System braucht eine gut
informierte Bevölkerung»12 Was auch immer
Chaos auslöst

EXKLUSIV AUF MONETA.CH

Zuhören!

moneta.ch/demokratie-zuhören

Partizipation

und «Liquid Democracy»

moneta.ch/demokratie-partizipation

Nur noch Social Media?

moneta.ch/demokratie-socialmedia

DIE SEITEN DER ABS

14 Alles rund um die aktuellen
Themen der Alternativen Bank
Schweiz

PERSÖNLICH

24 Michel Huissoud:
«Wenn mich etwas stört, muss ich
dagegen kämpfen können»

moneta #2-2025

Magazin für Geld und Geist

moneta erscheint vierteljährlich in deutscher und französischer Sprache und geht kostenlos an Kundinnen und Kunden der Alternativen Bank Schweiz AG (ABS). Die Wiedergabe von Texten und eigenen Illustrationen ist nur unter Quellenangabe und mit schriftlicher Zustimmung der Redaktion erlaubt.

Herausgeberin Alternative Bank Schweiz AG

Redaktionsleitung Katharina Wehrli (kw) und
Simon Rindlisbacher (sr)Redaktion Esther Banz (eb), Roland Fischer (rf),
Scarlett Palmeri (sp), Dominique Roten (dr),
Katrin Wohlwend (kwo), Julia Barriga (jb)

Online-Redaktion Scarlett Palmeri

Inserate Bruno Bisang, Luzia Küng

Layout Clerici Partner Design, Zürich

Illustrationen Claudine Etter

Druck Ropress Genossenschaft, Zürich

Papier RecyStar Nature, 100 Prozent Recycling

Adresse Alternative Bank Schweiz AG, moneta,
Amthausquai 21, Postfach, 4601 Olten,
Telefon 062 206 16 16, moneta@abs.ch

Auflage dieser Ausgabe 21 500 Ex.

Beilagen Werbung und Beilagen, die nicht von der ABS stammen, sind bezahlte Inserate – diese Einnahmen helfen uns, die Produktionskosten des Magazins zu decken.

Wichtiger Hinweis zu den Inseraten und Beilagen Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

Wenn Sie als Bankkundin/-kunde umziehen, melden Sie uns Ihre neue Adresse bitte via E-Banking-System oder telefonisch.

Online-Magazin: Alle Schwerpunktartikel von moneta erscheinen auch online unter moneta.ch.

Mehr Demokratie wagen



Weltweit stehen Demokratien unter Druck. Rechtsautoritäre Kräfte sind auf dem Vormarsch und gefährden in vielen Ländern demokratische Errungenschaften. Die Schweizer Demokratie ist zwar traditionellerweise stabil und das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen und Prozesse hoch. Aber auch die Schweiz ist nicht immun gegenüber Entwicklungen, die

die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft bedrohen. Zeit also, der Frage nachzugehen, wie sich die Demokratie stärken lässt. Dafür gibt es viele Möglichkeiten, wie wir in dieser moneta aufzeigen: Sie reichen vom alltäglichen Engagement für demokratische Werte über die Reform politischer Institutionen und Prozesse bis hin zum Kampf gegen Desinformation und zur Stärkung des unabhängigen Journalismus. Dieser ist als «vierte Gewalt» existenziell für das Funktionieren einer Demokratie – denn ohne informierte Menschen sind demokratische Entscheidungen nicht möglich.

Vielleicht am wichtigsten ist die politische Bildung: Wenn Demokratie eine Zukunft haben soll, dann braucht es junge Menschen, die sich für Politik begeistern und die Gesellschaft mitgestalten wollen (und können). Dass dazu klassischer Staatskundeunterricht nicht ausreicht, beschreibt Simon Rindlisbacher in seinem Artikel zu politischer Bildung. Politik muss erlebbar sein, so das Fazit. Wenn Kinder und Jugendliche beispielsweise ein Rathaus besuchen und sich mit Politikerinnen und Politikern austauschen, wenn sie einen Spielplatz mitgestalten oder sich in Schülerparlamenten engagieren, erfahren sie, wie Demokratie funktioniert. Und sie können dabei politische Fähigkeiten üben: sich informieren, einen Standpunkt einnehmen und ihn vertreten und vor allem auch anerkennen, dass andere Menschen andere Standpunkte haben können – und dann argumentieren und verhandeln, bis eine Lösung gefunden ist. Idealerweise erfahren sie dabei auch, dass es Spass machen kann, sich zu engagieren und etwas zu bewirken. Das gilt selbstverständlich nicht nur für Kinder und Jugendliche. Einige Tipps dazu, wie wir alle unsere «demokratischen Muskeln» trainieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken können, finden Sie auf der nebenstehenden Seite. Viel Freude damit wünscht Ihnen

Katharina Wehrli
Co-Chefredaktorin moneta

moneta



Verpassen Sie keine Ausgabe und abonnieren Sie
den moneta-Newsletter unter moneta.ch/newsletter-anmeldung



moneta wird von der Alternativen Bank Schweiz (ABS) herausgegeben
und von einer unabhängigen Redaktion betreut. Die Beiträge ge-
ben nicht notwendigerweise die Haltung der ABS wieder, ausser auf den
«Seiten der ABS» oder in speziell markierten Kommentaren.

1

Position beziehen gegen Hass und Fake News

Unsere eigene Haltung ist das wichtigste Instrument zur Verteidigung demokratischer Werte: Nicht still bleiben, wenn Menschen angefeindet oder Fake News verbreitet werden – online und offline. Auch in privaten Gesprächen ist es wichtig, menschenverachtenden Äusserungen zu widersprechen. Denn Einstellungen werden im persönlichen Austausch geprägt. Schweigen wird hingegen oft als Zustimmung interpretiert.

2

Differenzieren

Schwarz-weiße Denkmuster sind Teil der Rhetorik von populistischen und antidemokratischen Bewegungen. Die Stärke der Demokratie liegt in ihrer Fähigkeit, Kompromisse zwischen unterschiedlichen Positionen zu finden und Lösungen für oft komplexe wirtschaftliche und soziale Probleme zu erarbeiten.



Demokratie stärken, dazu 9 Tipps

Populistische und autoritäre Parteien sind in zahlreichen Ländern auf dem Vormarsch. Das macht vielen Menschen Angst, auch in der Schweiz. Viele fragen sich, was sie dagegen tun können. 9 Tipps für alle, die die Demokratie lieben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken wollen. Text: Katharina Wehrli

3

Unabhängigen Lokaljournalismus unterstützen

Lokale Medien fördern den Dialog zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und sorgen dafür, dass Entscheidungsträgerinnen und -träger im Interesse der Gemeinschaft handeln. Studien belegen, dass die bloße Anwesenheit von Lokaljournalismus die Korruption senkt und die Wahlbeteiligung erhöht.

4

Sich über Politik informieren und darüber reden

Je mehr Menschen sich für Politik interessieren, sich informieren und mit anderen darüber reden – in der Familie, bei der Arbeit, im Freundeskreis –, desto mehr wächst die Bereitschaft, aktiv an demokratischen Prozessen teilzunehmen. Ohne interessierte und aktive Bürgerinnen und Bürger keine lebendige Demokratie!

5

Sichtbar sein

Populistische, antidemokratische Kräfte behaupten oft, sie würden «das Volk» oder «den wahren Volkswillen» vertreten – obwohl ihre Positionen meist nur von einer Minderheit der Bevölkerung geteilt werden. Je sichtbarer alle anderen sind, desto weniger lässt sich diese Behauptung aufrechterhalten. Sichtbar sein bedeutet beispielsweise: wählen und abstimmen, politische Vorstösse unterschreiben oder demonstrieren.

6

Wählen und abstimmen

Wahlen und Abstimmungen bieten die Möglichkeit, die politische Richtung des Landes, des Kantons oder der Gemeinde mitzubestimmen. Mit den Instrumenten der direkten Demokratie können wir neue Ideen vorantreiben oder ungewünschte politische Sachentscheide blockieren. Natürlich können wir nur davon profitieren, wenn wir sie nutzen, vor allem in Zeiten, in denen die Demokratie herausgefordert wird.

7

Einer Partei beitreten

Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei ermöglicht, Ideen in die politische Diskussion einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. In der Regel erfolgt der Einstieg in die Politik auf kommunaler Ebene: Ortsparteien bieten die Möglichkeit, mitzumachen und Politik selbst in die Hand zu nehmen und das Lebensumfeld mitzugestalten. Ähnliches gilt für Vereine und Regionalgruppen von Non-Profit-Organisationen.

8

Die Vergangenheit kennen

Viele demokratische Errungenschaften sind das Ergebnis langer Auseinandersetzungen. In der jüngeren Geschichte Europas mussten die Menschen in vielen Ländern die verheerenden Folgen der Politik autoritärer Regierungen erleben, die sich der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben. Gedenkfeiern, Veranstaltungen und Geschichtsunterricht tragen dazu bei, dass die Folgen autoritärer, menschenverachtender Politik nicht vergessen gehen.

9

Zuversichtlich bleiben

Die Menge der Krisen kann das Vertrauen in die Zukunft untergraben und ein Gefühl der Ohnmacht vermitteln. Positive Veränderungen sind jedoch immer möglich und treten manchmal unerwartet ein. Sich zu engagieren und aktiv zu sein, ist das beste Mittel gegen Angst und Resignation.

Quellen und weiterführende Informationen:

– greenpeace.ch/de/story/105841/unsere-demokratien-staerken-10-tipps/

– bosch-stiftung.de/de/stories/demokratie-staerken-diese-7-dinge-koennen-sie-jetzt-tun



Stillstand ist keine Lösung

Wie lässt sich eine Demokratie stärken? Beispielsweise indem sie weiterentwickelt wird. Ansonsten kann das politische System der Gesellschaft, die sich laufend verändert, nicht mehr gerecht werden. Wo aber hat die Schweizer Demokratie heute Reformbedarf? Text: Katharina Wehrli

Eine Demokratie lebt davon, dass sich die Bevölkerung in ihrer ganzen Vielfalt von der Politik verstanden und vertreten fühlt. Die Wählenden und Stimmenden müssen darauf vertrauen können, dass die politischen Amtsträgerinnen und -träger ihre Sorgen und Bedürfnisse ernst nehmen und sich um Lösungen für drängende gesellschaftliche Probleme bemühen. Umgekehrt braucht das politische System eine aktive Bevölkerung, die willens und in der Lage ist, mitzuwirken. Da sich die Gesellschaft aber laufend verändert, besteht die Gefahr, dass das politische System ihr nicht mehr gerecht wird. Dann braucht es politische Reformen. Bestes Beispiel dafür ist die Einführung des Frauenstimmrechts 1971. Wo aber be-

steht heute Reformbedarf? Wie kann die Schweizer Demokratie weiterentwickelt werden, damit sie lebendig und stark bleibt?

Modernisierung des Bürgerrechts

Ein grosses Manko besteht heute bei der politischen Mitsprache der ausländischen Wohnbevölkerung: Wer keinen Schweizer Pass hat, ist von Wahlen und Abstimmungen ausgeschlossen. Daniel Kübler, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Zürich und Direktionsvorsitzender des Zentrums für Demokratie Aarau, erklärt: «Die Schweiz ist sehr stolz auf ihre direkte Demokratie und dass scheinbar alle mitwirken können. Für einen Viertel der Wohn-

bevölkerung gilt das aber nicht, und das ist mehr als ein Schönheitsfehler.» Zwar gewähren einzelne Gemeinden und Kantone ein sogenanntes Ausländerstimmrecht, aber auf nationaler Ebene fehlt eine entsprechende Regelung. In Kombination mit den restriktiven Einbürgerungsbestimmungen mache dies die Schweizer Demokratie zu einem wenig inklusiven System, erklärt der Politikwissenschaftler.

Das will die zivilgesellschaftliche Aktion Vierviertel ändern und hat die sogenannte Demokratie-Initiative lanciert. Diese sieht eine Modernisierung des Bürgerrechts vor, wie Mitinitiantin und Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone erklärt. Alle Menschen, die in der Schweiz leben, sollen nach fünf Jahren ein Grundrecht auf Einbürgerung erhalten. Dabei geht es um Gerechtigkeit gegenüber der ausländischen Wohnbevölkerung und um eine Anerkennung der Realität in der Schweiz. So betont Mazzone: «Wir leben zusammen, wir arbeiten zusammen, die Kinder gehen zusammen in die Schule. Deswegen ist es wichtig, dass auch alle mitentscheiden dürfen.»

Junge früher einbeziehen

Auch beim Einbezug der Jungen ins politische System sieht Lisa Mazzone Reformbedarf. Sie setzt sich für eine Senkung des aktiven Stimmrechts auf 16 Jahre ein. Das hätte zur Folge, dass die Bevölkerung insgesamt besser vertreten wird. Zudem zeigen Studien, wie Mazzone erklärt, dass sich ein früher Einbezug ins politische System positiv auf die politische Mitwirkung auswirkt.

Die Erweiterung der politischen Rechte auf die ausländische Wohnbevölkerung und auf junge Menschen würde die Basis des politischen Systems verbreitern und stärken. Entsprechende Vorstösse haben in der Schweiz aber einen schweren Stand. Nur gerade in einem Kanton (Glarus) gilt das aktive Stimmrecht ab 16 Jahren. Auf nationaler Ebene wurde eine entsprechende parlamentarische Initiative nach längerem Hin und Her im Frühjahr 2024 abgeschrieben. Die Demokratie-Initiative hingegen wurde noch nicht vom Parlament behandelt. Der Bundesrat hat sich aber vor Kurzem damit befasst und sie ohne Gegenvorschlag abgelehnt. Wie Parlament und Bevölkerung der Idee gegenüberstehen, wird sich zeigen müssen.

Übergewicht der ländlichen Regionen

Ganz grundsätzlich ist die politische Schweiz nicht besonders reformfreudig. Politikwissenschaftler Daniel Kübler spricht gar von einer «Reformresistenz»: «Das System ist darauf angelegt, dass es sehr langsam funktioniert und sich auch sehr langsam ändert.» Exemplarisch zeigt sich dies beim Ständemehr und beim Ständerat: Beides wurde bei der Gründung des Bundesstaates 1848 festgelegt, um den im Sonderbundskrieg unterlegenen, katholischen Kantonen entgegenzukommen und sie in den neuen, liberalen Bundesstaat zu integrieren. Heute spielen die konfessionellen Unterschiede politisch fast keine Rolle mehr, und das politische Gewicht der einzelnen Kantone entspricht immer weniger der Bevölkerungsstruktur der Schweiz. Da kleine und grosse Kantone im Ständerat und für die Berechnung des Ständemehrs aber gleich vertreten sind, führt dies dazu, dass die kleinen Kantone übermässig viel Einfluss haben: So hat beispielsweise die Stimme einer Urnerin 40-mal mehr Gewicht als jene einer Zürcherin.

Immer wieder gab es Vorschläge, Ständemehr und Ständerat zu reformieren und den Städten oder bevölkerungsreichen Kantonen mehr Gewicht zu geben. Das Problem ist nur, dass der Föderalismus diesbezüglich eine Einbahnstrasse ist, wie es Daniel Kübler sagt, denn: «Das System gibt den potenziellen Verlierern ein starkes Ge-

wicht, ohne ihr Einverständnis kann man es nicht umbauen. Und man wird die kleinen Bergkantone nie davon überzeugen können, ihr Gewicht im Ständemehr oder im Ständerat zu reduzieren.»

Druck aus der Bevölkerung

Wenn im politischen System der Schweiz Veränderungen nahezu unmöglich scheinen, wie lässt sich die Demokratie trotzdem weiterentwickeln? Mit Druck aus der Bevölkerung, ist SP-Nationalrätin Nadine Masshardt überzeugt. «Dank Initiativen wie jener zur Transparenz kann der Druck aus dem Volk erhöht werden. So gelingt es doch ab und zu, entweder einen griffigen Gegenvorschlag zu einem Reformanliegen zu machen oder zumindest das Thema in einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren.» Die von Masshardt angesprochene Transparenz-Initiative ist eines der seltenen Beispiele für ein erfolgreiches Reformvorhaben der letzten Jahre. Nach langen, zähen Diskussionen um die von links-grüner Seite vorgebrachte Forderung, die Politikfinanzierung transparenter zu gestalten, stimmten National- und Ständerat 2021 einem Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative zu.

«Für das Vertrauen in die Demokratie ist essenziell, dass transparent ist, wer Zugriff auf die Entscheidungsträgerinnen und -träger hat.»

Einfluss von Lobbys sichtbar machen

Obwohl das neue Transparenz-Gesetz zu wenig weit geht (siehe dazu das Interview auf der Rückseite dieser moneta), ist es ein Gewinn für die Demokratie, wie Masshardt hervorhebt: «Wir Bürgerinnen und Bürger erkennen besser, welche grossen Geldgeberinnen und Geldgeber, Verbände oder Lobbys hinter welchen Abstimmungsvorlagen stehen. Aber es gibt noch viel zu tun», schliesst die Berner Nationalrätin. So ist heute beispielsweise oft intransparent, wie Lobbys auf die Entstehung eines Gesetzes Einfluss nehmen. Hier Transparenz zu schaffen, sei wichtig, betont auch Balz Oertli, Journalist beim Recherchekollektiv WAV und Vorstandsmitglied der Non-Profit-Organisation Lobbywatch: «Gerade für das Vertrauen in die Demokratie ist essenziell, dass transparent ist, wer Zugriff auf Entscheidungsträgerinnen und -träger hat.» Lobbywatch fordert deshalb ein öffentlich einsehbares Register, in das sich alle Lobbyistinnen und Lobbyisten eintragen müssten, die Zugang zum Parlament haben.

Selbstdeklaration genügt nicht

Auch bei den Mandaten der Parlamentsmitglieder herrscht Reformbedarf. Mitglieder von National- und Ständerat müssen zwar ihre Mandate bei Unternehmen und Verbänden offenlegen, aber nicht, wie viel sie damit verdienen. Zudem beruhen ihre Angaben ausschliesslich auf Selbstdeklaration und werden von den Behörden nicht kontrolliert, wie Balz Oertli erklärt. Dieses Manko versucht das Lobbywatch-Team zu beheben, indem es die Interessenbindungen von Parlamentsmitgliedern recherchiert und der Öffentlichkeit im Internet zur Verfügung stellt. «Wir grasen in Handarbeit das Internet ab, um herauszufinden, welche Parlamentarierinnen und Parlamentarier in welchen Vorständen sind», erklärt der Recherche-Journalist. Immer wieder finde das Team von Lobbywatch undeklarierte Mandate, zum Teil belanglose, zum Teil solche, mit denen die >>>

»» Parlamentarierinnen und Parlamentarier wohl Zehntausende Franken verdienen, so Oertli weiter. Deshalb fordert Lobbywatch, dass die Angaben der Parlamentsmitglieder über ihre Mandate bei Unternehmen und Verbänden von den Behörden kontrolliert werden müssen.

Und wer zahlt?

Das führt zur grundsätzlichen Frage, wie eigentlich Politik finanziert sein soll. International gesehen ist die Schweiz eine grosse Ausnahme: In den meisten europäischen Demokratien bekommen die Parteien etwa fünfzig Prozent ihres Budgets vom Staat. Hierzulande existiert hingegen fast keine staatliche Parteienfinanzierung, obwohl die Schweiz mit den viermal jährlich stattfindenden Abstimmungen einen aussergewöhnlich teuren Politikbetrieb hat. Da die Parteien selbst nur relativ wenig Geld zur Verfügung haben, sind sie auf die Finanzierung durch Dritte angewiesen. So zeigen die Transparenz-Daten laut Balz Oertli ein logisches Bild: «Bei den Linken sind es die Gewerkschaften und Umweltverbände und bei den Rechten die Wirtschafts- und Arbeitgeberorganisationen, welche die Politik finanzieren.» Dass die Politik heute zu fast 100 Prozent von Dritten finanziert werde, sei aber per se etwas, das misstrauisch mache, fährt Oertli fort. Deshalb ist das Vorstandsmitglied von Lobbywatch überzeugt, dass die Schweiz nicht darum herumkomme, eine vertiefte Diskussion über eine staatliche Politikfinanzierung zu führen: «Das wird vielleicht eine schmerzhafteste Diskussion, denn sie rüttelt am Milizparlament und am spezifisch schweizerischen Verständnis der Demokratie. Aber sie muss stattfinden.»

Die Grenzen des Milizsystems

Auch Daniel Kübler ist der Ansicht, dass es mehr staatliche Politikfinanzierung braucht. Reformbedarf sieht der Politikwissenschaftler etwa bei der Entlohnung der Parlamentsmitglieder. Diese ist vor allem in den Kantonen und Gemeinden relativ tief, was dazu führt, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier meist offen

sind für bezahlte Zusatzmandate von Wirtschaft und Verbänden. Auch die fachliche Unterstützung von Lobbys ist für Parlaments- und Behördenmitglieder attraktiv, wenn ihnen selbst nicht genug Zeit zur Verfügung steht, sich in die oft komplexen Sachgeschäfte einzuarbeiten. «Das Milizsystem stösst hier an Grenzen», erklärt Kübler. «Wenn man Politikerinnen und Politiker so knapphält und mit so wenig Ressourcen ausstattet, wie das heute der Fall ist, dann muss man sich nicht wundern, wenn sie sich von Lobbys beeinflussen lassen.» Deshalb spricht sich Kübler für eine Professionalisierung der politischen Arbeit aus. Eine bessere Entlohnung und mehr Unterstützung (etwa in Form einer staatlich finanzierten fachlichen Assistenz) könnten sicherstellen, dass die Amtsträgerinnen und -träger wirklich das tun können, wofür sie gewählt sind: sich vertieft mit Sachgeschäften auseinandersetzen, sich eine unabhängige Meinung bilden und diese vertreten – anstatt, wie das heute oft der Fall ist, auf Vorschläge zurückzugreifen, die von Lobbys vorbereitet wurden.

Eine Professionalisierung der politischen Arbeit würde unser demokratisches System gerechter machen.

Mehr Vielfalt in den Parlamenten

Eine Professionalisierung der politischen Arbeit könnte auch bewirken, dass unsere Parlamente vielfältiger werden. Denn: Sich politisch zu engagieren, ist heute ein Privileg, das nicht alle haben. Ein politisches Mandat innezuhaben, braucht Zeit – und damit Geld. Wer Einsitz nimmt in ein Parlament oder eine Gemeindebehörde, muss dafür in der Regel die Erwerbstätigkeit reduzieren. Dies ist aber mit Lohnseinbussen verbunden, die nur begrenzt durch die Entlohnung des politischen Amtes kompensiert werden. Menschen mit tiefen Einkommen oder Eltern, die wegen der Kinderbetreuung häufig Teilzeit arbeiten – was vor allem Mütter betrifft –, können sich das nicht leisten. Dieser Ausschlussmechanismus ist ein wichtiger Grund dafür, dass Frauen auch ein halbes Jahrhundert nach Einführung des Frauenstimmrechts auf allen staatlichen Ebenen weiterhin unterrepräsentiert sind. Dasselbe gilt für Menschen mit tiefen Einkommen: Auch sie sind in den Parlamenten untervertreten. Auch aus Gründen der Chancengleichheit wäre eine Reform des Milizsystems deshalb dringend angezeigt. Eine Professionalisierung der politischen Arbeit würde unser demokratisches System gerechter machen und dafür sorgen, dass alle Bevölkerungsgruppen eine Chance auf politische Mitwirkung haben.

Ganz generell täte die Schweiz gut daran, ihr demokratisches System zu überdenken und weiterzuentwickeln, um das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken und die Demokratie lebendiger, breiter abgestützt und widerstandsfähiger zu machen – und damit fit für die Zukunft. Oder mit den Worten von Nationalrätin Nadine Masshardt: «Unsere Demokratie hat sich in der Geschichte immer weiterentwickelt. Stillstand ist keine Lösung.» •

Weiterführende Infos: zdaarau.ch, defacto.expert.ch, demokratie-volksinitiative.ch, stimmrechtsalter16.ch, lobbywatch.ch



Zuhören!

Ein Essay von Esther Banz

In einer Demokratie ist Zuhören essenziell. Aufeinander zugehen, Kompromisse aushandeln – all das bedingt Respekt, Interesse und die Bereitschaft, einander zuzuhören. Wer nicht gehört wird, kann auf die Dauer verbittern oder krank werden. Wo ganze Gruppen nicht gehört werden – Minderheiten, Menschen in Armut –, tun sich Gräben auf, und der soziale Frieden gerät in Gefahr. Aber kann Zuhören auch an seine Grenzen kommen oder sogar kontraproduktiv sein?

Jetzt online lesen:

moneta.ch/demokratie-zuhoren

Viel mehr als Staatskunde

Jugendliche in der Schweiz wissen vergleichsweise wenig über Politik. Mit politischer Bildung in und ausserhalb der Schule lässt sich das ändern. Der Besuch einer sechsten Klasse im Basler Rathaus zeigt, wie Politik erlebbar wird. Text: Simon Rindlisbacher

Ein Donnerstagmorgen im Mai. Im Innenhof des Basler Rathauses steht die Klasse 6e aus dem Schulhaus Erlenturm zusammen mit ihrem Lehrer Chris Pfeifer. Sie lauschen aufmerksam der Begrüssung von Deborah Berger vom Kinderbüro Basel. Dieses bietet im Rahmen des Projekts Polit-Baukasten Führungen durch das Rathaus an, die jeweils von Mitgliedern aus dem Grossen Rat geleitet werden. Heute ist Oliver Thommen, Geschäftsführer der Grünen Basel, an der Reihe.

«Null Bock auf Politik» hätten die Jugendlichen in der Schweiz. Das meldete der «Beobachter» vor knapp 15 Jahren auf Basis einer internationalen Vergleichsstudie, in der die Schweiz alles andere als überzeugend abschnitt. Der «Beobachter» fasste zusammen: Jugendliche in der Schweiz wissen vergleichsweise wenig über Politik. Zudem ist die Bereitschaft, sich beispielsweise bei Wahlen oder in einem Amt zu engagieren, unterdurchschnittlich. Die Studie wirkt bis heute nach und wird in Zeiten aufkeimender autoritärer Tendenzen weiterhin zitiert – in Medienberichten, Positionspapieren und an Kongressen. Auch hat sich die Lage seither nur bedingt verbessert. Das zeigen die Ergebnisse des «DSJ Jugend- und Politikmonitors 2023»: Viele Jugendliche haben keine Meinung zur Demokratie, und es gibt durchaus relevante Minderheiten, die ihr kritisch gegenüberstehen. Politische Partizipation und politisches Engagement kann sich nur eine Minderheit vorstellen.

Oliver Thommen führt die Klasse zunächst nicht ins Rathaus, sondern auf den Marktplatz direkt davor. «Gebt acht, wenn ihr über die Strasse geht!» Mitten in den Marktständen gibt es einen Exkurs in die Geschichte. Der Grossrat startet 50 000 Jahre in der Vergangenheit («Damals war hier nichts») und landet via Römerzeit, als Augusta Raurica wichtiger war als Basel, in der Zeit, als die Stadt an Bedeutung gewann und das Rathaus schliesslich gebaut und laufend erweitert wurde. Das sieht man diesem von aussen an. Eine der Erweiterungen war der Rathausurm um 1900: «Der Bau hat im Grossen Rat eine Debatte ausgelöst. Der Turm hat nämlich keinen grossen Nutzen. Warum also viel Geld dafür ausgeben? Trotzdem hat die Mehrheit des Rates dafür gestimmt.» Dagegen sei das Referendum ergriffen worden, aber auch die Bevölkerung habe schliesslich für den Turm gestimmt.

Kinder und Jugendliche zur Mitgestaltung befähigen

Um das politische Interesse von Jugendlichen und ihre Kompetenzen zur demokratischen Mitwirkung zu stärken, braucht es dringend mehr politische Bildung. Das fordern drei aktuelle Positionspapiere, wie etwa die «Erklärung von Biel». Das bildungspolitische Positionspapier entstand 2021 aus einer Tagung mit 100 Fachleuten. Auch die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) veröffentlichte 2023 ein Positionspapier, ebenso der LCH, der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer. Die Expertinnen und Experten sind sich einig: Politische Bildung muss in der Schule verankert werden, Lehrpersonen brauchen die entsprechende Ausbildung, und ausserschulische Angebote müssen als wichtige Ergänzung gestärkt werden. Einigkeit herrscht zudem darüber, dass politische Bildung mehr sein muss als klassische Staatskunde: Sie soll Kinder und Jugendliche dazu befähigen und motivieren, Politik und Gesellschaft mitzugestalten.

Diese Definition teilt auch Carol Schafroth. Sie ist Geschäftsführerin vom Campus für Demokratie. Die Organisation fördert politische Bildung durch Netzwerkarbeit. «Das Ziel politischer Bildung muss sein, grundlegende Kompetenzen für das gesellschaftliche Miteinander weiterzugeben», sagt Schafroth. Sie verweist auf ein Modell, das im Auftrag des Europarats entwickelt wurde, den «Refe- »>

«Im Moment hängt viel von den einzelnen Lehrpersonen ab. Sie müssen am Thema interessiert sein und die nötige Motivation mitbringen.»

Exklusiv
auf
moneta.ch

Partizipation und «Liquid Democracy»

Von Roland Fischer

Es gibt da einen Fehler in der Matrix der Demokratie: Es partizipieren längst nicht alle, die an einem Ort zu Hause sind, an den Entscheidungsprozessen. Wie lässt sich das ändern? Welche Bevölkerungsgruppen kann man wie einbeziehen? Und was ist eigentlich mit der sogenannten Liquid Democracy passiert, die uns eine ganz neue, viel direktere Demokratie mit digitalen Mitteln verspricht?

Jetzt online lesen:
moneta.ch/demokratie-partizipation

»» renzrahmen: Kompetenzen für eine demokratische Kultur». Dieser listet total zwanzig Kompetenzen auf. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen findet die Geschäftsführerin von Campus für Demokratie vier der Kompetenzen besonders wichtig: aktives Zuhören, Empathie, Kompromissbereitschaft und die Fähigkeit, andere Meinungen auszuhalten.

Unterdessen ist die Klasse 6a im Rathaus angelangt. Die Schülerinnen und Schüler sitzen im Vorzimmer des Grossratssaals auf Holzbänken der Wand entlang. Hier erklärt Oliver Thommen, dass die Geschäfte, über die der Grosse Rat abstimmt, von Kommissionen vorberaten werden. «Das geht schneller, als wenn alle Ratsmitglieder mitreden», hält er fest. Die Kommissionen treffen sich für ihre Besprechungen im Vorzimmer, das dafür mit einem grossen Konferenztisch ausgestattet ist. Einer der Stühle, die um den Tisch herumstehen, ist grösser als der Rest. «Sitzt da immer der Chef?», fragt eine Schülerin. «Nein, früher war das vielleicht so. Heute sind die Hierarchien nicht mehr so wichtig.»

Politik erfahrbar machen

Der Weg zu einer politisch interessierten und engagierten Jugend scheint klar. Wie steht es um die Umsetzung? «In den letzten Jahren hat sich einiges verbessert», sagt Carol Schaefroth. Aber: «Gut ist die Situation noch immer nicht.» Die Herausforderung sei, dass man viele der notwendigen Kompetenzen nicht frontal unterrichten könne. Politische Partizipation beispielsweise müsse erlebbar gemacht werden, etwa indem man einen Klassenrat einrichte und die Klasse über verschiedene Themen mitentscheiden lasse. Mit dem Lehrplan 21 ist gemäss Carol Schaefroth in der Deutschschweiz die Grundlage für diese Art politischer Bildung zwar gelegt. Aber an den pädagogischen Hochschulen bekomme erst eine Minderheit der angehenden Lehrpersonen die nötigen Werkzeuge vermittelt – das müsse sich ändern. Zudem sei ein partizipativer Unterricht mit zusätzlichem Aufwand verbunden. «Im Moment hängt deshalb viel von den einzelnen Lehrpersonen ab. Sie müssen am Thema interessiert sein und die nötige Motivation mitbringen», erklärt Schaefroth. Sei beides nicht der Fall, würden sie einfach Staatskunde im klassischen Sinn unterrichten.

Erste demokratische Erfahrungen im Klassenrat

Ähnliches berichtet Chris Pfeifer auf der Rathausführung mit seiner sechsten Klasse. Er bestätigt, dass es mit dem Thema an den pädagogischen Hochschulen noch hapere, beobachtet aber, dass zumindest in Basel Klassenräte und Schülerparlamente an vielen Schulen zum Standard werden. «Eine Schwierigkeit ist, dass man den Klassenrat auf Kosten anderer Fächer im Stundenplan unterbringen muss», erklärt Pfeifer. Das halte wohl die eine oder andere Lehrperson noch davon ab, überhaupt einen einzuführen. Seine Erfahrungen mit dem Format seien positiv: «Wir nutzen die Zeit, um auf die Woche zurückzublicken, besprechen Anliegen der Schülerin-

nen und Schüler und verteilen die Ämtli neu.» Auch würden sie im Klassenrat besprechen, was die beiden Mitglieder des Schülerparlaments dort einbringen sollen.

Nach dem Vorzimmer geht es für die Klasse 6e weiter in den Grossratssaal. Dieser ist reich verziert, überall grosse Wandgemälde. Sie erinnern unter anderem an wichtige Tugenden, die die Mitglieder des Rats auszeichnen sollen, wie Oliver Thommen später ausführt: Geduld, Mut, Gesetzestreue und Mässigung («Da ist zum Beispiel Donald Trump kein Vorbild»). Die Schülerinnen und Schüler setzen sich in die Bankreihen. Einige versuchen zu erraten, wofür die mit «F», «E» und «Z» beschrifteten Knöpfe sind, die es an jedem Sitzplatz gibt. Von irgendwoher heisst es: «Die Sitze sind ja richtig bequem.» Oliver Thommen erläutert die Gewaltenteilung und dass der Grosse Rat über Gesetze entscheide. Anhand von Beispielen zeigt er auf, wie das funktioniert, und löst dann das Rätsel um die Knöpfe auf: Vor den Abstimmungen werde im Rat nach klaren Regeln diskutiert. Wer etwas sagen wolle, müsse sich mit «F», «E» oder «Z» melden. «F steht für Fraktionsvotum, also das Votum einer Partei, E für Einzelvotum und Z für Zwischenfrage», verrät Thommen. Die Zwischenfragen würden gerne genutzt, um die Sprechenden etwas aus der Reserve zu locken.

Mitbestimmen, wie der Spielplatz aussieht

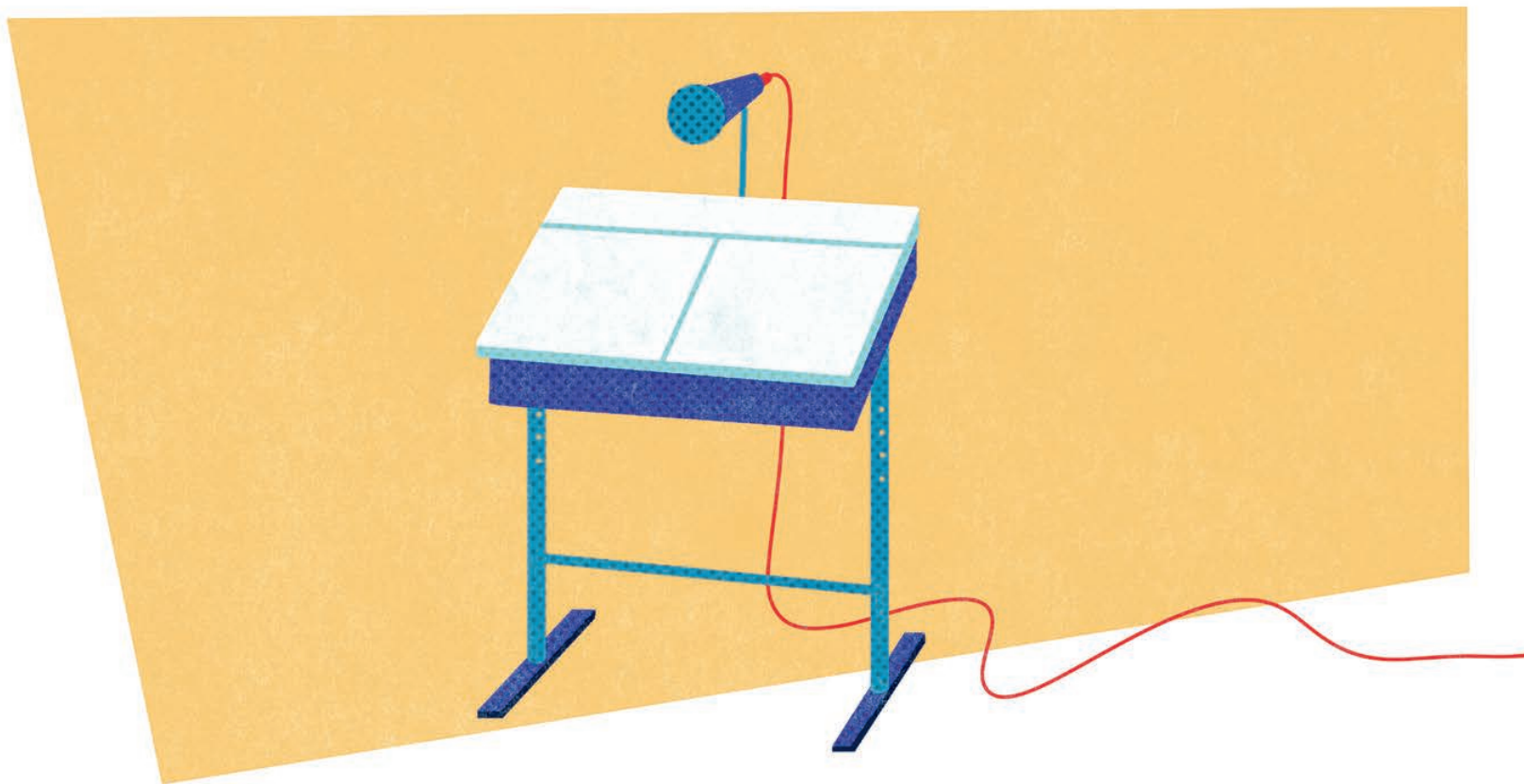
Politische Bildung ist aber nicht nur Sache der Schulen. So gibt es in der Schweiz zahlreiche ausserschulische Akteure, wie Carol Schaefroth vom Campus für Demokratie erklärt. Diese unterstützen mit ihren Angeboten die Schulen oder bieten eigenständige Aktivitäten an. Dazu gehört auch der Polit-Baukasten des Kinderbüros Basel, der vom Kanton finanziert wird und die Führung mit Oliver Thommen organisiert hat. Angebote wie die Rathausführung richten sich direkt an Schulen und können von Lehrpersonen gebucht werden. Genauso wie «Politkids» oder «Politteens», die Begegnungen zwischen Schülerinnen und Schülern und Mitgliedern des Jungen Rats in Basel oder Mitarbeitenden der Verwaltung organisieren und begleiten. Zu den eigenständigen Aktivitäten im Polit-Baukasten gehört beispielsweise das Projekt «KinderMitWirkung». Dieses ermöglicht Basler Kindern, Ideen für eine kinderfreundliche Stadt zu entwickeln.

Schliesslich bietet der Baukasten auch Beratung und Schulungen für Schulen und Lehrpersonen an, etwa zum Aufbau eines Schülerparlaments. Das generelle Ziel dieser Angebote sei, Kinder zu befähigen, Demokratie zu leben, sagt Robin Schobel. Er ist stellvertretender Geschäftsführer beim Kinderbüro Basel und verantwortlich für den Polit-Baukasten. «Das gelingt aus unserer Erfahrung besonders gut, wenn sie an Projekten beteiligt werden.» Dabei lernen sie, wie man sich mitteilt und mit anderen Lösungen aushandelt, auch mit Erwachsenen. Wichtig sei, betont Schobel, dass die Projekte direkt in der Lebenswelt der Kinder angesiedelt seien: «Zum Beispiel, dass sie mitbestimmen können, wie der Spielplatz in ihrem Quartier aussehen soll. Besuchen sie ihn später, können sie die Wirkung ihrer Beteiligung konkret erleben.»

Politik mit Personen verbinden

Auch Begegnungen zwischen Kindern und Jugendlichen und der Politik beziehungsweise den Menschen, die diese verkörpern, sind gemäss Robin Schobel wichtig. Solche ermöglicht der Polit-Baukas-

Bei Projekten wie dem Polit-Baukasten lernen Kinder, wie man sich mitteilt und mit anderen Lösungen aushandelt.



ten unter anderem mit den Rathausführungen. «Die Kinder verbinden so Politik und das politische System mit einer Person, der sie begegnet sind», erklärt Schobel. Politik sei dann nicht mehr etwas Abstraktes, sondern etwas Konkretes und Erreichbares.

*Bevor es zum krönenden Abschluss zuoberst auf den Rathau-
sturm geht, macht die Klasse 6e noch einen Abstecher in den Re-
gierungsratssaal. Die Schülerinnen und Schüler werden langsam
etwas unruhig und albern herum. «Wir sind jetzt im ältesten
Teil des Gebäudes», berichtet Oliver Thommen. Der Raum wirkt
prunkvoll, wieder mit viel Holz und bunten Glasfenstern. Hier
erklärt der Geschäftsführer der Grünen Basel die Aufgaben der
Regierung. Was die Schülerinnen und Schüler besonders beein-
druckt: dass der grosse, runde Konferenztisch 80 000 Franken ge-
kostet hat.*

Ohne politische Bildung keine Demokratie

Heute werden grosse Hoffnungen in die politische Bildung ge-
setzt. So hält etwa die «Erklärung von Biel» fest, dass die «einzig-
artige» Schweizer Demokratie nur funktioniere, wenn junge Men-
schen durch politische Bildung das nötige Wissen und die nötigen
Kompetenzen erwerben. Demokratie falle nicht vom Himmel. Auch
die EKKJ ist überzeugt, dass das nachhaltige Funktionieren der
schweizerischen Demokratie auf der politischen Bildung für Kinder
und Jugendliche beruhe. Und für den LCH hängt schlicht die Zu-
kunft der Demokratie von der politischen Bildung ab. Gut also, dass
sich etwas tut.

Bleibt abzuwarten, wann diese Bemühungen Wirkung zeigen
und sich auch in den Umfragen wie dem «DSJ Jugend- und Politik-
monitor» niederschlagen. Die Arbeit des Polit-Baukastens jeden-
falls scheint beim Zielpublikum schon mal gut anzukommen. Das
zeigen die Umfragen, die das Kinderbüro Basel im Rahmen seiner
Qualitätssicherung durchführt. Und dass die Angebote nicht ohne

Wirkung bleiben, macht Robin Schobel an einem konkreten Beispiel
fest: Jo Vergeat, die junge Basler Grossrätin der Grünen, habe früher
bei «KinderMitWirkung» mitgemacht und sich dort für eine griffige
Klimapolitik starkgemacht. «Diese Erfahrung hat sicher zu ihrer
Politisierung beigetragen.»

*Nach dem Ausflug auf den Rathau-
sturm versammelt sich die
Schulklasse von Chris Pfeifer nochmals im Grossratssaal.
Nun übernimmt wieder Deborah Berger vom Kinderbüro Basel,
die die Führung im Hintergrund begleitet hat: «Habt ihr
noch Fragen?» Stille. Die Luft ist raus. Die Schülerinnen und
Schüler füllen noch rasch den Feedback-Bogen aus. Sie freuen
sich, dass sie den Kugelschreiber behalten dürfen, den sie zum
Ausfüllen erhalten haben, und posieren für ein Erinnerungsfoto.
Dann gehen sie wieder hinaus in die kühle Morgenluft. «Herr
Pfeifer, dürfen wir über den Markt gehen und schauen, ob wir an
den Ständen etwas gratis probieren dürfen?» •*

Weitere Informationen

Kinderbüro Basel
kinderbuero-basel.ch

DSJ Jugend- und Politikmonitor 2023
dsj.ch/themen/dsj-jugend-und-politikmonitor

Erklärung von Biel
campusdemokratie.ch/en-route

Positionspapier EKKJ
ekkj.admin.ch/publikationen/positionspapiere/politische-bildung-2023

Positionspapier LCH
lch.ch/aktuell/detail/politische-bildung-in-der-schule-staerken

Referenzrahmen: Kompetenzen für eine demokratische Kultur
rm.coe.int/16806ccc0b

«Das System braucht eine gut informierte Bevölkerung»

Den professionellen Medien geht es schlecht. Immer weniger Leute leisten sich ein Zeitungsabo, die Einnahmen aus dem Online-Markt sind tief, und die SRG muss massiv sparen. Ein Gespräch mit Daniel Vogler vom Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) dazu, was die Medienkrise bedeutet. Interview: Esther Banz

moneta: Seriöse, unabhängige Medien kommen zunehmend unter Druck. Was bedeutet das?

Daniel Vogler Medien sind sehr wichtig für eine funktionierende Demokratie, gerade in der Schweiz mit ihrem direkt-demokratischen System, wo wir viel über Sachfragen abstimmen. Das System braucht eine gut informierte Bevölkerung. Medien liefern die Informationen, die die Bevölkerung braucht, um sich eine Meinung zu bilden. Parteien, Politikerinnen und Politiker, die Regierungen, auch NGOs, Unternehmen und viele weitere, die am Meinungsbildungsprozess beteiligt sind, brauchen eine Bühne. Bisher war es der Journalismus, der diese zur Verfügung stellte.

Geht es aus der politischen Perspektive vor allem um die Informationsvermittlung und Einordnung, die der Journalismus leistet?

Nicht allein. Es geht auch darum, wichtige Themen überhaupt zu artikulieren, ins Bewusstsein und auf die politische Agenda zu bringen.

NGOs und Parteien betreiben eigene Publikationen und Newsletter. Kompensieren diese Kanäle, was vonseiten der Verlagsmedien aufgegeben wird?

Natürlich transportieren auch Bürgerinitiativen oder eigene Publikationen von politischen Akteuren oder Unternehmen relevante Inhalte. Aber damit erreicht man fast nur die, die man ohnehin schon hat. Diese Kanäle sind ausserdem kein Ersatz für die Medien, die fern von Eigeninteressen Themen in die Öffentlichkeit bringen und politische Fragen aufwerfen. Medien sind im Idealfall auch Orte, an denen diskutiert und gestritten werden kann – online, im Fernsehen, am Radio, aber auch in Zeitungen und Magazinen.

Unter den Sparmassnahmen der Verlage leidet auch der Lokaljournalismus stark. Macht Ihnen das Sorgen?

Ja! Und es sollte auch der Politik Sorge bereiten. In der Schweiz werden mehr als anderswo auf Gemeinde- und Kantonebene Entscheidungen getroffen, die die Leute direkt betreffen, von den Steuern bis zum Schulhausbau. Deshalb ist es wichtig, dass unabhängige Medien zu den politischen Themen informieren. Und dass sie den Mächtigen auf die Finger schauen und Fehlentwicklungen aufzeigen. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Arbeit von lokalen Medien ist das Integrieren. Nehmen wir den Kanton Zürich mit seinem urbanen Zentrum und seinen ländlichen Gegenden als Beispiel: Die politischen Ansprüche sind auf dem Land ganz

andere als in der Stadt. Der Journalismus hat also auch die Aufgabe, zum gegenseitigen Verständnis und zu einer gemeinsamen Identität beizutragen.

Die Politik hat Möglichkeiten, die Medien wieder zu stärken. Was läuft da?

Auf nationaler Ebene werden die Medien vor allem durch die Zeitungszustellung indirekt gefördert – das ist aber nicht sehr in die Zukunft gedacht, wenn man sieht, wie Medien zunehmend digital genutzt werden.

Was wäre sinnvoll?

Gewisse Kantone experimentieren mit unterschiedlichen Instrumenten der Medienförderung. Die Kantone Waadt und Freiburg gehen beispielsweise relativ weit. Sie haben umfangreiche Förderpakete beschlossen. Sie umfassen unter anderem die Unterstützung von Digitalisierungsinitiativen in Medienhäusern, die Finanzierung des Zugangs zur Nachrichtenagentur Keystone-SDA sowie Medienkompetenzprojekte an Schulen und Gratisabos für Jugendliche.

Weil die Medien relevant sind für die Demokratie: Gibt es einen Kipppunkt?

Das ist schwierig zu sagen. Im internationalen Vergleich ist die Schweiz mit Blick auf die Versorgung mit Medien relativ gut aufgestellt. Allerdings fehlt im Moment ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell für Journalismus im Online-Bereich. Und die Initiative zur Reduktion der SRG-Gebühren könnte noch mal für eine Verschlechterung sorgen. Auch weitere Zusammenschlüsse der privaten Medienhäuser wären einschneidend, weil sie zu höherer Medienkonzentration führen.

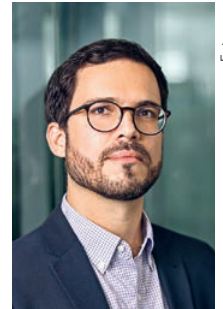


Foto: zg

Daniel Vogler ist Forschungsleiter und stellvertretender Direktor des Forschungszentrums für Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög). Er studierte Kommunikations- und Politikwissenschaft an der Universität Zürich. foeg.uzh.ch/de.html



Nur noch Social Media?

Von Roland Fischer

Die Medienlandschaft befindet sich in einem fundamentalen Wandel: Besonders die Generation Z weiss kaum mehr, wie sich Zeitungspapier anfühlt. Wie informieren sich die Jungen heute, insbesondere zu politischen Themen? Auf einen kurzen Nenner gebracht: Social Media spielt eine zentrale Rolle – aber auch der Austausch untereinander.

Jetzt online lesen:
moneta.ch/demokratie-socialmedia

Welche Folgen hätte das?

Medienkonzentration bedeutet in der Regel weniger Vielfalt und eine Konzentration von Macht, beispielsweise im Meinungsbildungsprozess. Unsere Studien zeigen, dass die Konzentration bereits sehr hoch ist. Bisher hatten wir Medieneigentümer, die sich ihrer publizistischen Verantwortung bewusst waren.

Und heute? Nehmen die Medienunternehmen ihre Verantwortung noch wahr?

Das ist eine Frage der Perspektive. Nehmen wir als Beispiel die TX Group, die unter anderem den «Tages-Anzeiger» herausgibt: Sie ist inzwischen klar auf Gewinnmaximierung ausgerichtet, könnte dabei aber noch radikaler sein und beispielsweise gänzlich auf Journalismus verzichten. Noch hält die Unternehmensgruppe ja viele Titel, gerade im regionalen Bereich. Das ist eine wichtige publizistische Leistung. Doch es gibt auch die andere Seite. Dass ein solcher Medienkonzern von staatlichen Geldern via indirekte Medienförderung für die Frühzustellung profitiert, während er kontinuierlich und im grossen Stil Stellen abbaut und riesige Gewinne verbucht, ist problematisch. Unternehmen wie die TX Group verantworten so den Braindrain im Journalismus mit.

Was bedeutet das für die Qualität?

Unsere Qualitätsmessung zeigt, dass der Journalismus in der Schweiz gute Qualität liefert. Etwas überspitzt formuliert, kann man sagen: Das, was gemacht wird, ist gut bis sehr gut. Das Problem ist, dass vieles nicht mehr gemacht wird. Also gewisse Themen systematisch vernachlässigt werden – eine direkte Folge von schwindenden Ressourcen. Die sinkende Vielfalt ist sicher ein Grund dafür, wieso Menschen weniger Medien nutzen.

Sagenhafte 48 Prozent der Erwachsenen im Land seien «newsdepriviert», hat das fög herausgefunden. Warum ist es ein Problem, wenn Personen wenig oder sogar gar keine Nachrichten mehr nutzen?

Das hat direkte Folgen für die Demokratie. Von einer früheren Studie wissen wir, dass Newsdeprivierte weniger an Abstimmungen teilnehmen und ein tieferes Vertrauen in die politischen Institutionen haben.

Was führt denn zu Newsdeprivation?

Das ist eine schwierige Frage. Zu Ursachen und Lösungen des Phänomens herrscht ein Mangel an Forschung. Eine These ist, dass News als zu negativ empfunden werden und sich Menschen deshalb bewusst von ihnen abwenden. Es gibt auch Hinweise für Verdrängungseffekte: In der digitalen Medienwelt gibt es Angebote – beispielsweise Streamingdienste oder Games –, die für Menschen spannender sind als News.

Wenn nicht aus den Medien: Woher nehmen die Bürgerinnen und Bürger die Informationen, die sie brauchen, um politische Entscheide zu treffen?

Auch das wissen wir noch nicht genau. In einer aktuellen Studie fragen wir: Welche Möglichkeiten haben die Leute

heute, um sich zu informieren? Welche Rolle spielen Peers? Wie kann man sich über soziale Netzwerke gehaltvoll informieren?

Die SRG erreichte einst fast alle Haushalte im Land. Wie wichtig ist das öffentlich-rechtliche Radio und Fernsehen für die Meinungsbildung und die Demokratie heute noch?

Sehr wichtig! Die SRG erreicht viele Menschen. Mit ihren Flaggschiffsendungen wie der «Tagesschau», aber auch über die Regionaljournale, ist sie deshalb eine wichtige Stimme im öffentlichen Diskurs. Unsere Qualitätsmessung sagt auch: Es sind gute Sendungen. Zudem zeigt die internationale Forschung: Dort, wo die öffentlich-rechtlichen Medien stark sind, ist das Vertrauen in die Institutionen gut. Das heisst, sie nützen der Demokratie. Wir müssen ihnen deshalb Sorge tragen. Die SRG trägt auch nicht zum Problem der Medien bei. Die beklagte Verdrängung von privaten Medien durch die SRG lässt sich beispielsweise nicht nachweisen. Dass sich die privaten Medien auf sie einschliessen, ist also etwas absurd.

Es gibt Akteure, denen es nur recht zu sein scheint, wenn es mit der SRG bachab geht. Haben Sie diesen Eindruck ebenfalls?

Ja. Ich beobachte auch, dass hinter dem Ziel, die Serafe-Gebühren drastisch zu senken, nicht nur wirtschaftliche Interessen stecken. Für gewisse Akteure ist es von Vorteil, wenn das Land schwache Medien hat. Sie können ihre Botschaften einfacher verbreiten, wenn es keine Korrektive oder ausgleichenden Stimmen gibt.

Zum Schluss noch diese nicht ganz uneigennützige Frage: Hat Journalismus in gedruckter Form – auch Magazine wie dieses – noch eine Zukunft?

Print wird nicht mehr der Kanal sein, über den sich die Leute hauptsächlich informieren. Das ist er heute schon nicht mehr. Aber als Wochenzeitung oder Magazin wird Print weiterhin relevant bleiben. Zum Beispiel als Liebhäberobjekt und haptisches Erlebnis am Frühstückstisch. •

Was auch immer Chaos auslöst

Populisten und Autokraten brauchen Propaganda, um Macht zu erlangen und auszuüben. Ein Blick nach Russland zeigt, dass es heute vor allem um eins geht: völlige Desorientierung zu schaffen.

Text: Roland Fischer

«Dieser Moment, wenn die fiktionalen Elemente in der Welt um uns herum immer mehr werden, bis zu dem Punkt, an dem es fast unmöglich wird, «Echtes» von «Falschem» zu unterscheiden – die Begriffe haben jede Bedeutung verloren.» Beschreibt da jemand treffend Fake News, Desinformation, KI-Manipulationen überall? Nein, das Zitat stammt vom Science-Fiction-Autor J.G. Ballard und ist schon über fünfzig Jahre alt, er schrieb es 1966. Die Diagnose hat offenbar eine Vorgeschichte. Ballard hat etwas vorweggenommen, was erst Ende der 1970er-Jahre so richtig ins allgemeine Bewusstsein dringen sollte: das seltsame Nichts-ist-mehr-sicher-Gefühl namens Postmoderne.

Postmoderne im Westen - und Osten

Ein, zwei Jahrzehnte lang kam keine kulturtheoretische Debatte um das Zauberwort herum, das postulierte, wir seien in einem neuen Zeitalter angekommen, noch immer Moderne, aber nicht mehr dieselbe. Diese Nach-Moderne, so bringt man es gemeinhin auf einen Nenner, muss ohne ein grosses gemeinsames Narrativ auskommen; sie ist vielgestaltig, fragmentiert, uneindeutig. Dann wurde es stiller um die Postmoderne, zumindest im Westen. Was wir nicht mitbekommen haben: Währenddessen «betrinkt sich Russland geradezu an all dem Relativismus». So drückt es Roman Horbyk aus. Der ukrainische Medienwissenschaftler und Spezialist insbesondere für Propaganda im Osten lehrt und forscht derzeit an der Universität Zürich. Erst in den 1990ern, nach dem Kollaps der Sowjetunion, wurden all diese Theorien zugänglich, es gab eine Menge aufzuholen. «Russland saugte diese Ideen aus dem Westen auf.» Horbyk nennt, was da entstand, ein wenig augenzwinkernd McLeninismus, die Verheiratung der Ideen von Lenin und Marshall McLuhan, seines Zeichens Hohepriester des postmodernen, alle Gewissheit auflösenden und – deshalb eben auch: desorientierenden – Denkens.

Bis alle die Orientierung verlieren

Einer passte dabei besonders gut auf: Wladislaw Surkow. Er ist eine der zentralen Figuren im Film «Hypernormalisation» des Dokufilmers und BBC-Archivars Adam Curtis, in dem es um alles Mögliche geht: Syrien, Russland, künstliche Intelligenz, politische und weltanschauliche Turbulenzen allenthalben. Als enger Berater Pu-

tins und ehemaliger Avantgarde-Theatermacher legte es Surkow, so Curtis, darauf an, «Politik in ein seltsames Theater zu verwandeln, in dem niemand mehr wusste, was wahr und was unwahr ist». Die Leute um Surkow nannten sich «political technologists», meist ehemalige Dissidenten, die plötzlich an Putins Hof Anschluss fanden. Die eigentliche Machtstrategie des Kremls seither: die Menschen so sehr durcheinanderbringen, dass alle, auch die Opposition, die Orientierung verlieren. Oder wie es Surkow selbst mal beschrieben hat: Konflikte zu nutzen, um «die Wahrnehmung in einem konstant schwankenden Zustand zu halten, mit dem Ziel der Steuerung und Kontrolle».

Der Medienwissenschaftler Horbyk kennt die schillernde Figur Surkow und seine besondere Biografie gut: «Man sollte ihn vielleicht nicht Artist, sondern Con-artist nennen», einen perfekten Illusionär und Hochstapler. Auf jeden Fall habe er sich dank seinem Kulturwissen sehr gut ausgekannt mit all den Postmoderne-Theorien, und er habe realisiert, dass man den Westen so gewissermassen mit den eigenen Waffen schlagen kann: Dass alle Realität konstruiert ist, dass letztlich jeder seine eigene Wahrheit besitzt. Dieser postmoderne Relativismus: Den hat der Westen selber geprägt.

Seit 2008 arbeitet Russia Today daran, Zweifel am Westen, seinen Medien und seinen Werten zu säen.

Werteverlust, Wirtschaftskrise und technologischer Wandel

Surkow war natürlich nicht allein. Das alte Russland verschwand nicht einfach in den 1990ern, sagt Horbyk: «Der KGB war auf der Höhe seiner Macht, eine Konzentration von Personal und Kompetenz mit viel Wissen, wie man Information steuern kann.» Dass daraus eine ganz neue Art von Propaganda resultieren sollte, sei allerdings im Bewusstsein des Westens noch nicht wirklich angekommen. «Wir brauchen neue Standardwerke zur Propaganda», sagt Horbyk.

Tatsächlich arbeitet der Medienwissenschaftler gerade an einem solchen, und so ist es ihm zunächst wichtig, nicht auf die Brüche, sondern auf die Kontinuitäten in der Propaganda-Geschichte hinzuweisen: Drei Faktoren seien ausschlaggebend, damit die Beeinflussungsmaschinerie so richtig ins Laufen komme. Zunächst einmal der Verlust an verlässlichen gesellschaftlichen Werten. Das habe sich in Russland 1991 ereignet, eine ganze Weltanschauung sei kollo-

diert, die Menschen ohne Orientierung – «und das sehen wir auch im Westen dieser Tage, diese Aushöhlung alter Werte». Dazu komme als wichtige Variable die Wirtschaft, je mehr diese stottert, desto besser für Propagandisten. Und als dritte, sehr wesentliche Zutat bringt Horbyk den technologischen Wandel ins Spiel. Wer sich die entsprechenden Medienkompetenzen rasch aneigne, habe grosse Möglichkeiten, die Menschen zu beeinflussen. Das hätten Lenin und die Bolschewiken gezeigt, aber auch Hitler und Goebbels.

Nicht «Wahrheit», sondern Chaos verbreiten

Sehr verkürzt könnte man sagen, die Geschichte der Propaganda teilt sich in drei Zeitalter auf: Zunächst ging es, ganz im ursprünglichen Wortsinn (lat. *propagare*, «verbreiten, ausdehnen»), schlicht darum, die – katholische – Wahrheit in die Welt zu bringen. In dieser Frühzeit, ab dem 17. Jahrhundert, musste man die Medien zur Verbreitung der Wahrheit überhaupt erst erschaffen. Im heutigen Sinn von Propaganda sprechen würde man wohl erst in der zweiten Phase, die man die Zeit der Manipulation nennen könnte, geprägt von Massenmedien und dem Denken der Werbung und der Psychologie. Es war auch die Zeit, in der die Propaganda verwissenschaftlicht wurde.

Und nun eben: die Ära der postmodernen Propaganda, was sich ganz gut anhand der Geschichte des Fernsehsenders RT (vormals Russia Today) illustrieren lässt. Was zunächst als ein ehrgeiziges Projekt der öffentlichen Diplomatie begann, um der Welt ein positives Bild von Russland zu vermitteln, verschob sich während des Konflikts zwischen Russland und Georgien 2008. Seitdem arbeitet RT daran, Zweifel am Westen, an seinen Medien und seinen Werten zu säen, ganz im Sinne des aktuellen Slogans «Question More» (am ehesten: Stell mehr infrage). Die Aussage eines Mitarbeiters spricht Bände: «Ich habe meinen Redaktor gefragt, was die Linie von RT in dieser Sache [Brexit] ist, und er sagte: Was auch immer Chaos auslöst, ist die Linie von RT.»

Resilienz und Vertrauen als Gegenstrategie

Diese neue Propaganda will zur Machterhaltung nicht mehr Erzählungen prägen, sondern sie ist ganz explizit ein Instrument der Verunsicherung. Was auch erklärt, warum sie sogar funktioniert, wenn die verbreiteten Wahrheiten leicht zu widerlegen sind und komplett fadenscheinig daherkommen. In der Fachliteratur findet sich dafür auch der Begriff «unconvincing propaganda». Genau da müsste auch die Gegenwehr ansetzen: Wir brauchen nicht noch mehr Fact-Checking, wir brauchen Resilienz. Wir brauchen Vertrauen in die Grundsätze, auf die da unablässig geschossen wird. Denn womöglich hat diese Art Propaganda schon gewonnen, wenn sie uns ein wenig in Panik versetzt, wenn sie nur in dem Punkt überzeugend ist, dass sie Wirkung entfalten, verunsichern, spalten kann. Wir haben es da im Grunde mit ziemlich durchsichtigen Tricks zu tun, die unsere wunden Punkte anvisieren. Donald Trump beispielsweise hat man schon als «chaos magician» bezeichnet, als Magier des Chaos. Die beste Gegenstrategie wäre es dann, das Chaos ein wenig auszuhalten, bis die Tricks ihre Magie verloren haben. Und zu merken, dass in all dem Durcheinander ja vieles noch ganz heil geblieben ist: Wir haben eine Justiz, die unabhängig arbeitet, es gibt Länder, die den Populismus ganz gut im Schach halten, die Demokratie ist nicht zwingend ein Auslaufmodell, nur weil uns das irgendwer einreden will. Und: Haben wir die Postmoderne nicht längst selbst entzaubert?

Der Chef-Illusionist Surkow indessen hat in den letzten Jahrzehnten eine wilde Karriere mit Hochs und Tiefs hingelegt, er scheint noch immer irgendwo im Sattel zu sitzen, hat die konkrete Arbeit aber wohl an seine Schüler weitergegeben. Horbyk erwähnt die «Fake-NGO» und Online-Propagandaschleuder ANO Dialog, ihr offizielles Ziel: den Dialog zwischen der Gesellschaft und der Regierung fördern. Das könnte tatsächlich von Surkow sein. Mit einem nicht ganz unwesentlichen Unterschied, wie Horbyk betont: Heute ist Propaganda ein Medienbusiness, mit dem sich richtig gut Geld verdienen lässt. Beahlt natürlich: vom Kreml. •



DIE SEITEN DER ABS

«ALLE MENSCHEN MÜSSEN AUF DEMOKRATIERELEVANTE INFORMATIONEN ZUGREIFEN KÖNNEN»

Wie kann Lokaljournalismus heute ein junges Publikum erreichen? Und finanziell erfolgreich sein? Das vom Innovationsfonds geförderte Online-Magazin «Tsüri» zeigt, wie es gehen kann. Co-Geschäftsleiter und Chefredaktor Simon Jacoby erzählt, wie «Tsüri» entstanden ist und worin das Erfolgsrezept besteht. Text: Katharina Wehrli



Foto: zvg

Simon Jacoby ist Gründer und Chefredaktor von «Tsüri» und wurde 2024 als Lokaljournalist des Jahres ausgezeichnet.

Lokaljournalismus hat heute einen schweren Stand. Zahlreiche Lokalzeitungen sind in den vergangenen Jahrzehnten verschwunden oder stehen derart unter Spardruck, dass sie ihre Berichterstattung einschränken müssen. Nicht so «Tsüri»: Das unabhängige Online-Stadtmagazin für Zürich trotz seit zehn Jahren diesem Trend. «Tsüri»

richtet sich an ein junges Publikum (mehrheitlich zwischen zwanzig und vierzig Jahre alt) und berichtet täglich über das Stadtgeschehen. Der Fokus liegt auf Wohnen, Politik, Klima, Stadtleben und seit neuestem Kultur. Die Inhalte von «Tsüri» sind alle kostenlos zugänglich. Das gilt auch für den täglichen Newsletter, der an über 20 000 Leserinnen und Leser verschickt wird, und die verschiedenen wöchentlichen Newsletter. Dazu gehört beispielsweise das «Gemeinderats-Briefing», das die Debatten im Zürcher Gemeinderat zusammenfasst und erklärt. «Tsüri» wächst kontinuierlich und steht, wie Gründungsmitglied Simon Jacoby gegenüber moneta erklärt, seit rund zwei Jahren finanziell sehr gut da. Wie ist das möglich?

Grosses Bedürfnis nach frischem Lokaljournalismus

Am Anfang stand ein zusammengewürfeltes Grüppchen junger Menschen, die in den Journalismus einsteigen wollten, erzählt Jacoby im Redaktionsbüro von «Tsüri». Dieses ist seit Kurzem in einer ehemaligen Verpackungsfabrik in Zürich-Altstetten untergebracht. «Wir wollten damals zwei Dinge herausfinden», beschreibt der heutige Chefredaktor und Co-Geschäftsleiter die Motivation des Gründungsteams vor zehn Jahren. «Ist es möglich, Lokaljournalismus rein digital zu machen? Und können wir ein junges Zielpublikum für politische Themen interessieren?» Damals, noch vor Beginn der Klimastreik-Bewegung, hiess es nämlich, dass junge Leute sich nicht (mehr) für Politik interessieren würden. Jacoby und seine Mitstreiterinnen und -streiter überzeugte das nicht.

So startete die Gruppe praktisch ohne journalistische Erfahrung 2015 ein neues Online-Stadtmagazin. «Wir hatten keine Rechtsform, keine interne Struktur, kein Geschäftsmodell, sondern gingen einfach drauflos – mit einer selbst gebastelten Website, einem Google-Drive-Ordner und einer Facebook-Page, sonst nichts», erzählt Jacoby, der an der Universität Zürich Politikwissenschaft und Publizistik studiert hat. Das Projekt war

zunächst ehrenamtlich und auf zwei Jahre angelegt. Schnell wurde aber klar, dass das Bedürfnis für einen frischen Lokaljournalismus sehr gross war: Statt der erwarteten 2000 besuchten im ersten Monat 25 000 Menschen die neue Website. Deshalb folgte rasch der Entscheid, das Projekt langfristig auszurichten.

Journalismus als öffentliches Gut

Die Gruppe entwickelte ein Geschäftsmodell mit zwei Einnahmequellen: Werbung und freiwillige Mitgliederbeiträge. Die journalistischen Inhalte selbst sollten kostenlos und damit für alle zugänglich sein. Bei diesem Entscheid ging es um Reichweite, aber auch um die Überzeugung, dass Journalismus ein öffentliches Gut sei, wie auf der Website von «Tsüri» steht. Simon Jacoby ergänzt: «Alle Menschen müssen auf demokratierelevante Informationen zugreifen können, egal, ob sie dafür zahlen können oder nicht.»

Die Suche nach dem notwendigen Startkapital war schwierig, denn damals herrschte grosser Pessimismus in der Branche. Letztlich gelang es dem Gründerteam, im eigenen Umfeld die nötigen Mittel zu sammeln. Das Team konnte loslegen und das neue Online-Magazin aufbauen. Allerdings blieben die Mittel stets knapp: «Wir fuhren lange einfach auf Sicht», erzählt Jacoby. Allmählich wurde klar, dass es neben den Werbeeinnahmen und den Mitgliederbeiträgen ein drittes finanzielles Standbein brauchte.

Beteiligung des Innovationsfonds

Die Gruppe entschied, zusätzlich auf Einnahmen aus Community-Veranstaltungen zu setzen, und entwickelte das Konzept «Civic Media»: Mit Podiumsdiskussionen, Stadtspaziergängen oder Workshops sollten lokale Themen und Debatten wie Wohnen, Mobilität oder Kreislaufwirtschaft näher an die Stadtbewohnerinnen und -bewohner gebracht werden. Das «Tsüri»-Team hoffte, so nicht nur mehr Einnahmen zu generieren (vor allem durch Sponsorenbeiträge), sondern auch die Wirkung der eigenen journalistischen Arbeit zu steigern.

Mit dem Projekt «Civic Media» als zusätzlichem Teil des Geschäftskonzepts ging das Gründerteam zum zweiten Mal auf Kapitalsuche. Dabei gelangte es unter anderem an den Innovationsfonds der Alternativen Bank Schweiz (ABS). Bereits zuvor war das junge Unterneh-

men als Geschäftskunde mit der ABS verbunden gewesen. «Es war von Anfang an klar, dass wir zur ABS wollten», erzählt Jacoby, «die Werte der Bank passen zu uns.» Auch betont er, wie sehr er den persönlichen Kontakt zur ABS schätze: «Ich habe nie das Gefühl, dass ich mit einem anonymen Unternehmen telefoniere, wenn ich etwas brauche.» Der Innovationsfonds beteiligte sich in der zweiten Finanzierungsphase mit 50 000 Franken am Unternehmen. «Das half uns sehr, auch für die Glaubwürdigkeit», erinnert sich Jacoby. «Wir waren damals mit verschiedenen Leuten im Gespräch. Nachdem der Innovationsfonds das Geld gesprochen hatte, sagten auch alle anderen zu.»

Ein Rezept auch für andere Städte?

Seit 2018 ist das Veranstaltungskonzept «Civic Media» realisiert und erfolgreich – finanziell, aber auch, was die erhoffte Wirkung betrifft. «Wenn wir beispielsweise Stadtpaziergänge machen und verschiedene Kreislaufunternehmen besuchen, dann löst das bei den Teilnehmenden viel mehr aus, als wenn ein Journalist einen Artikel darüber schreibt», erklärt Jacoby. Heute steht «Tsüri» finanziell so gut da wie noch nie: mit stabilen Einnahmen, ohne Schulden und mit Fördermitteln für zwei Jahre vom international tätigen Media Forward Fund. Das erlaubt, weitere Projekte anzugehen: So hat das Unternehmen zusammen mit dem Winterthurer Verein für Medienvielfalt und der Unterstützung einer Stiftung vor Kurzem «WNTI» lanciert, ein digitales Stadtmagazin für Winterthur.

Bedeutet das, dass Jacoby und seine Kolleginnen und Kollegen das Rezept gefunden haben, wie man zukunftsfähigen Lokaljournalismus machen kann? «Wir haben sicher ein Rezept gefunden», antwortet der Chefredaktor von «Tsüri». Wenn man die drei Einnahme-

quellen – Werbung, Mitgliederbeiträge, Veranstaltungen – konsequent verfolge, könne es funktionieren, erklärt er. «Zumindest in Städten oder Ballungszentren, die so gross wie Zürich sind.» Das neue Magazin «WNTI» wird zeigen, ob das Geschäftsmodell auch in einer Stadt wie Winterthur mit 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern aufgeht. Dann liesse es sich auf weitere Orte übertragen. Zwar gibt es in einzelnen Städten wie Bern und Basel bereits digitale Stadtmagazine. Aber andernorts bestehe ein grosses Bedürfnis, weiss Jacoby. «Schon viele Leute haben uns geschrieben und gefragt: Wann gibt es ein solches Angebot auch bei uns?» Das grösste Problem sieht er in der mangelnden journalistischen Abdeckung in den ländlichen Regionen: «Dort sehe ich keinen Weg, wie Journalismus sich selbst finanzieren kann. Da muss der Staat die lokalen Medien fördern», ist der Unternehmer überzeugt: «Auch wenn Journalismus nicht rentiert, wir brauchen ihn als Gesellschaft trotzdem.»

Lokale Themen machen den Unterschied

Und welche Zukunft sieht Jacoby, der 2024 als Lokaljournalist des Jahres ausgezeichnet wurde, für «Tsüri»? «Wir wollen die grösste Lokalredaktion der Stadt werden.» Auch inhaltliche Ausbaumöglichkeiten sieht er einige: Bislang fehlen Wirtschaft und Finanzen sowie Sport gänzlich in der Berichterstattung von «Tsüri». Für Jacoby ist, wie er sagt, Lokaljournalismus die Königsdisziplin des Journalismus und als solche auch wichtig für die Demokratie. Denn ohne Journalismus greift die Desinformation stärker, und die Beteiligung an den demokratischen Prozessen sinkt. Das zeigen auch Studien. Natürlich brauche es deswegen auch Journalismus auf internationaler und nationaler Ebene, betont der Gründer von «Tsüri»: «Aber das, was im Alltag oft den Unterschied macht, sind lokale Themen.»

«Tsüri» organisiert regelmässig Veranstaltungen: hier eine Diskussionsrunde zur Kreislaufwirtschaft in einer Produktionshalle der Firma Freitag in Zürich-Oerlikon.



Foto: zvg

NEUGELDER WILLKOMMEN FÜR SOZIAL-ÖKOLOGISCHE FINANZIERUNGEN IN DER REALWIRTSCHAFT

Das einzigartige Geschäftsmodell der ABS funktioniert, und zwar seit 35 Jahren. Es bringt Geldgebende und Kreditnehmende, denen sozial-ökologische Themen wichtig sind, zusammen. Aktuell ist die ABS offen für Neugeld, damit sie auf die hohe Nachfrage nach Finanzierungen eingehen und noch mehr Biobauernhöfe, genossenschaftliche Wohnungen, Photovoltaikanlagen und nachhaltige Haussanierungen finanzieren kann. Text: Julia Barriga und Larissa Jecker

Die ABS ist ihrer ethischen Ausrichtung und Verpflichtung gegenüber Menschen und der Natur bei ihrer gesamten Geschäftstätigkeit seit ihrer Gründung 1990 treu geblieben. Es gab immer wieder Jahre, in denen die Bank mehr neue Gelder von Kundinnen und Kunden anziehen als Kredite vergeben konnte. So erlebte sie beispielsweise während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 einen starken Zuwachs an neuer Kundschaft oder auch 2018 mit der Einführung ihrer Online-Kontoeröffnung.

ABS als Anbieterin von nachhaltigen Krediten etabliert
Nachdem die Einlagen von Kundinnen und Kunden bei der ABS seit Jahren kontinuierlich zugelegt haben und auch heute noch steigen, wächst seit ein paar Jahren auch das Kreditgeschäft stark. Die Bank konnte sich als Anbieterin von nachhaltigen Finanzierungen etablieren und gemäss ihrer Mission mehr Kredite innerhalb ihrer Förderbereiche vergeben. Dass die ABS im Bereich Finanzieren gut dasteht – sowohl punkto Nachhaltigkeit als auch bezüglich Kundenzufriedenheit –, bestätigten auch das WWF-Rating der Schweizer Retailbanken 2024 und das Kundenrating «Top Banken 2025» der «Handelszeitung».

Dank dem guten Kreditgeschäft hat die ABS Ende 2024 das angestrebte Gleichgewicht von Kundeneinlagen und Ausleihungen erreicht. Dieser Erfolg ist ihrem Geschäftsmodell mit der Solidargemeinschaft von Geldgebern und Kreditnehmenden zu verdanken: Kundinnen und Kunden stellen der ABS Geld zur Verfügung, damit es die Bank unter Berücksichtigung ihrer strengen Ausschluss- sowie ihrer Förderkriterien als Kredite an nachhaltige Firmen und Organisationen vergibt.

Sozial-ökologische Projekte ermöglichen
Aktuell besteht bei der ABS eine hohe Nachfrage nach Finanzierungen, die ihren ethischen Werten und Anforderungen entsprechen. Darauf möchte die Bank eingehen und noch mehr Kredite ermöglichen für Firmen, die einen konkreten sozialen oder ökologischen Mehrwert schaffen – zum Beispiel in den Bereichen erneuerbare Energien, gemeinnütziger Wohnungsbau oder nachhaltige Transformation von KMU. Damit die ABS neue Ausleihungen weiterhin vollständig durch die Einlagen von Kundinnen und Kunden finanzieren kann, benötigt sie neues Geld in Form von Kundeneinlagen oder Aktienkapital.

Das ABS-Modell: Solidargesellschaft von Geldgebern und Kreditnehmenden

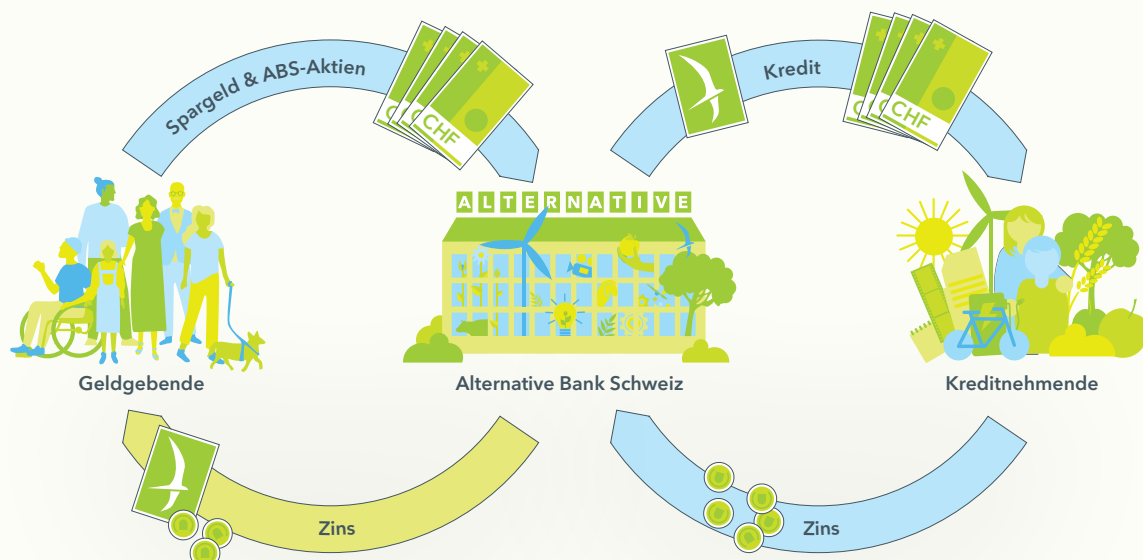


Illustration: artischok.net

So ermöglichen Sie als Kundin oder Kunde neue ABS-Kredite:

- Bringen Sie Ihr Geld von einer anderen Bank zur ABS und deponieren Sie es auf einem Alltags- oder Sparkonto, einem 3a-Vorsorgekonto oder legen Sie es in Kassenobligationen an.
- Zeichnen Sie ABS-Aktien und werden Sie Miteigentümerin oder Miteigentümer der Bank.
- Empfehlen Sie die ABS in Ihrem privaten und beruflichen Umfeld weiter.

Wofür die ABS keine Gelder einsetzt

Die der ABS anvertrauten Gelder werden nicht zum Schaden von Mensch und Umwelt eingesetzt und finanzieren keine Boni oder überlissenen Gehälter. Bei der Kreditvergabe und beim Anlagegeschäft hält die ABS ihre strengen Ausschlusskriterien konsequent ein. Unternehmen, die diese Kriterien tangieren, erhalten keinen Kredit. Dazu gehören ganze Branchen oder Unternehmenszweige wie die Kernenergie und die fossile Energie, die industrielle Landwirtschaft wie auch die Rüstungs- oder Glücksspielindustrie. Wer sein Geld bei der ABS hält, verhindert zudem, dass dieses bei anderen Finanzinstituten in Projekte fließt, die nicht sozial oder ökologisch sind, oder für spekulative Zwecke eingesetzt wird.

Kassenobligation Neugeld

Mit einer Kassenobligation profitieren Sie von hoher Sicherheit und einem regelmässigen Zinsertrag während der gesamten Laufzeit. Für Zeichnungen mit Neugeld gelten derzeit Sonderzinssätze.

abs.ch/ko-neugeld

ABS-Aktien

Wenn Sie mit Ihrem Geld ABS-Aktien zeichnen, stärken Sie das Fundament der Bank und schaffen eine wichtige Grundlage, damit die ABS Kredite vergeben kann.

abs.ch/aktien

Ein paar beispielhafte Porträts aus der ABS-Kreditkundschaft

Foto: Chloé Cohen



- Nachhaltige Landwirtschaft:
Ferne des Gadelles, Ecoteaux

Foto: Manuel Gros



- Zukunftsweisendes Wohnen
und Arbeiten:
Baugenossenschaft Zurlinden, Zürich

Foto: zvg



- Erneuerbare Energien:
SI-REN, Lausanne

Mehr Porträts gibt es unter abs.ch/kreditportraits

«MEIN WUNSCH AN EUCH: BLEIBT DEN WERTEN TREU»

Anita Wymann präsidierte den Verwaltungsrat der ABS von 2016 bis zum 23. Mai 2025. Die neue Präsidentin des Verwaltungsrats ist Valérie Anouk Clapasson. Die beiden sprachen im Interview Anfang 2025 über prägende Ereignisse, mutige Entscheidungen und die Zukunft des wertebasierten Bankings. Interview: Julia Barriga

Anita Wymann, wenn du auf die letzten Jahre zurückblickst, hat sich bei der ABS in Bezug auf Wertetreue und Konsequenz etwas verändert?

Anita Wymann Wir sind unseren Grundwerten treu geblieben, diskutieren sie aber immer wieder und nehmen nötige Anpassungen vor. Damals wie heute wird die Bank von Menschen getragen, die die Schweiz anders sehen, die sie sich solidarischer und ökologischer wünschen, die sie verantwortlicher sehen und dies auch gegenüber der Welt.

Valérie Anouk Clapasson Besonders bemerkenswert finde ich, dass in letzter Zeit viele junge Mitarbeitende zu uns gekommen sind, die sowohl ein hohes Fachwissen mitbringen als auch konsequent hinter den ABS-Werten stehen und uns mit frischen Ideen herausfordern. Sie wählen uns bewusst wegen unserer Wertebasis – auch wenn sie bei uns zwar gute Arbeitsbedingungen, aber nicht die höchsten Gehälter finden, wie es bei traditionellen Banken der Fall wäre.

Anita Wymann In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass wir seit rund 18 Jahren Lernende ausbilden. Für mich ist das eine wichtige Art, Verantwortung zu übernehmen.

Valérie Anouk Clapasson Absolut. Der Berufseinstieg bei der ABS hat wahrscheinlich einen Einfluss auf die gesamte Karriere der Mitarbeitenden. Wenn sie später in ihrem Berufsleben zu anderen Banken wechseln, tragen sie die ABS-Werte weiter.

Welche Errungenschaften oder Entwicklungen aus deiner ABS-Zeit liegen dir besonders am Herzen?

Anita Wymann Für mich zählt das Ganze: Es freut mich, dass die ABS heute da steht, wo sie steht. Dazu waren in den letzten Jahren unkonventionelle und auch mutige Entscheidungen nötig, wie etwa die Einführung der Negativzinsen oder als kleine Bank einen eigenen Fonds zu lancieren, und dass wir in schwierigen Jahren auch mal wenig oder keine Dividende ausschütteten, was das Aktionariat stets unterstützt hat. Vielen ist es wichtiger, was wir tun mit dem Aktienkapital und weniger, wie viel Dividende sie erhalten. Dass wir vor 16 Jahren bei der Global Alliance for Banking on Values (GABV) als Gründungsmitglied dabei waren, war auch wichtig. Wir haben uns dazu bekannt, international mit anderen werteverwandten Banken zusammenzuarbeiten, und konnten uns so ein gutes Beziehungsnetz aufbauen.

Valérie, wie siehst du die Zukunft der ABS und die Chancen des wertebasierten Bankings in der Schweiz?

Valérie Anouk Clapasson In den letzten Jahren wurde immer deutlicher und spürbarer, welche Konsequenzen unsere Lebensweise für die Menschen und den Planeten hat. Wir erleben multiple Krisen – von der Pandemie über Klimakatastrophen bis zu Kriegen in Europa. Wertebasiertes Banking kann hier entgegenwirken, indem finanzielle Mittel von schädlichen Projekten zu solchen umgelenkt werden, die der Welt nützen. Genau das macht die ABS – und das ist unsere Chance. Besonders hoffnungsvoll stimmt mich, dass viele junge Menschen sich intensiv mit der

Weltlage befassen. Für sie können wir Vorbild sein und zeigen, wie positive Veränderungen möglich sind.

Anita, siehst du das ähnlich?

Anita Wymann Viele Themen, die zur Gründung der ABS geführt haben, sind heute tatsächlich in der Breite der Gesellschaft angekommen. Allerdings frustriert es mich, dass es in der Schweizer Politik immer noch Leute gibt, die behaupten, die Klimaerhitzung sei nicht menschengemacht. Es gibt also immer noch Menschen, die ihre Verantwortung nicht sehen und nicht wahrnehmen wollen. Umso wichtiger ist es, dass die ABS konsequent und mutig vorangeht, um die nachhaltige Transformation voranzutreiben.

Was dürfen wir von deiner Amtszeit erwarten?

Valérie Anouk Clapasson Ich und das ganze Team werden darauf achten, dass die Werte der ABS weiterhin im Zentrum stehen und die Bank sich gleichzeitig weiterentwickelt. Wir müssen uns fragen: Welche Angebote braucht es heute und in Zukunft für eine lebenswerte Welt? Meine Vision ist, dass unsere Art des Bankings in der Schweiz zur Selbstverständlichkeit wird.

Auf was muss die ABS künftig achten?

Valérie Anouk Clapasson Wir müssen uns einerseits stabil aufstellen mit effizienten Prozessen und agil bleiben. Andererseits ist wichtig, dass wir unsere Prozesse und Strukturen laufend entlang den regulatorischen Änderungen entwickeln und unsere Governance-Struktur stark und transparent halten. Darüber hinaus braucht es den ständigen Dialog mit unserer Kundschaft und dem Aktionariat. Wenn wir neue Produkte entwickeln oder einführen, sollen diese auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sein und gleichzeitig unsere Werte fördern. Zudem sollte sich die ABS als Alltagsbank noch weiterentwickeln und zugänglicher werden, sodass sie die alltäglichen Bedürfnisse an eine Bank gut und effizient erfüllen kann.

Anita, was möchtest du dem ABS-Team mit auf den Weg geben?

Anita Wymann Zuerst einmal: Danke! Danke für das tägliche Engagement aller, die Teil dieser Community sind. Mein Wunsch an euch: Bleibt den Werten treu, auch wenn es finanziell eng wird und ein rauer Wind weht. Scheut unpopuläre Entscheidungen nicht und bleibt unbequem. Lasst euch nicht vom System vereinnahmen, sondern bleibt eine echte Alternative. Ich wünsche euch, dass ihr aus eurem Engagement viel Freude und Energie schöpfen könnt, weil ihr immer wieder seht, dass ihr etwas bewirkt.

Dieses Interview erschien in einer längeren Version im Geschäftsbericht 2024 der Alternativen Bank Schweiz: abs.ch/gb2024-interview

Ein ausführliches Porträt der neuen ABS-Verwaltungsratspräsidentin Valérie Anouk Clapasson finden Sie hier: moneta.ch/clapasson

DANKE, ANITA!

Anita Wymann wurde anlässlich der Generalversammlung vom 23. Mai 2025 im Volkshaus Zürich als Präsidentin des Verwaltungsrats verabschiedet. Sie war seit 2004 Mitglied dieses Gremiums und präsidierte es seit 2016. Diese hier in gekürzter Form publizierte Laudatio wurde gehalten von Christina Aus der Au, die selbst von 2005 bis 2022 Mitglied des ABS-Verwaltungsrats war. Seit 2019 ist Christina Aus der Au Dozentin an der Pädagogischen Hochschule Thurgau für Religionen, Ethik, Philosophie und Politik und seit 2022 Kirchenratspräsidentin der Evangelischen Landeskirche Thurgau. Text: Christina Aus der Au

Liebe Anita!

Du kamst 2004 in den Verwaltungsrat, und zwar mit dreierlei Kompetenzen: Du kennst dich erstens aus mit rechtlichen, banktechnischen und unternehmerischen Fragen. Zweitens bist du versiert in politischen und öffentlichen Angelegenheiten und vertraut mit Gegenwind. Und drittens weisst du, wie man Lernende packt und ihnen Wissen vermittelt.

Du kamst also und warst sozusagen tripelkompetent. Und vor allem: Du wolltest – und willst noch immer – etwas bewegen. 2016 übernahmst du das Präsidium und warst grad in allen Bereichen gefordert: Die ABS hatte eben als erste Bank Negativzinsen bei Privatkundinnen und -kunden eingeführt, und ähnlich herausfordernd ging es weiter:

- 2017 legte die Bank die Grundlagen, um digital und international zu werden.
- Seit 2018 kann man auch bei der ABS ein Konto online eröffnen.
- 2019 lancierte die ABS ihren eigenen Anlagefonds.
- Im ersten Corona-Jahr 2020 brachte die ABS im Februar gerade noch superknapp die Jahrestagung der Global Alliance for Banking on Values (GABV) in Bern über die Bühne.
- Seit 2021 misst die ABS ihren CO₂-Footprint nicht nur bei Anlagen und Betrieb, sondern auch bei Finanzierungen.
- 2022 lancierte die ABS eine mobile Banking-App.
- 2023 arbeitet die Bank intensiv an der Umstellung auf Soziokratie 3.0.
- Seit 2024 gibt es auch die ABS Twint App.

Foto: Anni und Julian, anni-julian.ch



Anita Wymann (links) präsidierte von 2016 bis zum 23. Mai 2025 den Verwaltungsrat der ABS. Valérie Anouk Clapasson (rechts) ist die neue Präsidentin dieses Gremiums.

Und das ist jeweils nur ein herausgepicktes Ereignis pro Jahr! Daneben lief das Alltagsgeschäft, wurden innovative Projekte gefördert, wichtige Schlüsselstellen der Bank neu besetzt und die Geschäftsleitung umgestellt zu einem Trio ohne Vorsitz. Du hast dich mit all deinen Kompetenzen voll hineingegeben, Verantwortung übernommen und stets die Zügel in der Hand behalten. Selten hast du dir die gute Laune nehmen lassen und nie den Anspruch, die ABS in all ihren Organen und Gremien zu werteorientiertem, aber gerade darin auch professionellem Banking anzutreiben.

Du hast dich nicht gescheut, auch unbequeme Entscheidungen zu treffen oder die Klängen zu kreuzen. Du hast pointierte Überzeugungen und argumentierst dafür scharf, aber es ging dir immer um die Sache, nie um die Person. «Mir ist einfach wichtig, dass die Werte immer an erster Stelle stehen und die Wirtschaftlichkeit ein Mittel zum Zweck bleibt», hast du im Interview im Geschäftsbericht 2024 gesagt, und das hast du gelebt.

Und das weiss sogar ChatGPT, den ich gebeten habe, mir etwas zu Anita Wymann zu sagen: «Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Anita Wymann als eine konsequente, werteorientierte und innovative Führungspersönlichkeit beschrieben wird, die ihre Überzeugungen sowohl in ihrer beruflichen Rolle als auch in ihrem persönlichen Engagement lebt.»

Ich danke dir für deinen langjährigen Einsatz, für deinen tripelkompetenten Verstand, deine starke Führung, aber auch für dein nachhaltiges und grosses Herz, das dich in diesen 21 Jahren im Verwaltungsrat der ABS gepowert und angetrieben hat. Wir werden dich vermissen.

GENERALVERSAMMLUNG WÄHLT NEUES MITGLIED IN DEN VERWALTUNGSRAT UND FOLGT ALLEN ANTRÄGEN

An der 34. ordentlichen Generalversammlung der Alternativen Bank Schweiz folgten die Aktionärinnen und Aktionäre allen Anträgen. Sie bestätigten Albi Wuhrmann für weitere drei Jahre und wählten Florian Barras neu für dieselbe Amtsdauer in den Verwaltungsrat. Anita Wymann, langjähriges Verwaltungsratsmitglied und -präsidentin, wurde nach 21 Jahren in diesem Gremium mit einer Laudatio verabschiedet.

Die Generalversammlung 2025 der ABS fand am Freitag, 23. Mai 2025 im Volkshaus Zürich statt. Insgesamt nahmen 430 Aktionärinnen und Aktionäre mit 14 121 Aktienstimmen teil. Der unabhängige Stimmrechtsvertreter vertrat 28 967 Stimmen. Die Stimmbeteiligung betrug damit insgesamt 24,31 Prozent.

Bei den Wahlen und Abstimmungen folgte die Generalversammlung mit grossen Mehrheiten allen Anträgen des Verwaltungsrats.

Insbesondere

- genehmigte sie den Jahresbericht 2024 des Verwaltungsrats sowie die Jahresrechnung 2024 und nahm die Berichte der Revisionsstelle und der unabhängigen Ethikkontrollstelle zur Kenntnis;
- beschloss sie, aus dem Bilanzgewinn 100 000 Franken der allgemeinen gesetzlichen Reserve zuzuweisen, 1 676 557 Franken als Dividende auszuschütten (10.00 Franken für Aktien der Kategorie B und 1.00 Franken für Aktien der Kategorie A), 200 000 Franken an den Innovationsfonds zu spenden und 138 862 Franken auf die neue Rechnung vorzutragen;
- erteilte sie dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung;

- wählte sie Albi Wuhrmann (bisher) und Florian Barras (neu) für eine Amtsdauer von je drei Jahren in den Verwaltungsrat;
- wählte sie die Grant Thornton AG aus Zürich (bisher) als externe Revisionsstelle für eine Amtsdauer von drei Jahren;
- stimmte sie einer Statutenänderung zu, welche für Beschlüsse über die Herabsetzung oder Erhöhung des Aktienkapitals im Rahmen des statutarisch vorgesehenen Kapitalbands die Anwesenheit von zwei Verwaltungsratsmitgliedern ermöglicht, wobei für den Beschluss Einstimmigkeit nötig ist.

Die Verwaltungsrätin Anna Zuber wurde anlässlich der Generalversammlung 2025 verabschiedet, da sie sich nicht zur Wiederwahl stellte. Ebenfalls verabschiedet wurde die Präsidentin des Verwaltungsrats Anita Wymann. Sie war seit 2004 Mitglied und seit 2016 Präsidentin dieses Gremiums. Die Laudatio für Anita Wymann (siehe Seite 19) wurde gehalten von Christina Aus der Au, die selbst von 2005 bis 2022 Mitglied des Verwaltungsrats war.

Zur Vertiefung: abs.ch/gv2025

MEHR SCHUTZ BEIM BEZAHLEN – DANK IHRER DEBIT MASTERCARD

Mit Ihrer Debit Mastercard sind Sie als Kundin oder Kunde der ABS nicht nur flexibel unterwegs, sondern auch zusätzlich abgesichert. Dank der integrierten Cyber-Versicherung profitieren Sie ab sofort weltweit und kostenlos von exklusivem Schutz bis zu einer maximalen Versicherungssumme von CHF 3000 für maximal zwei Ereignisse pro Jahr.

Diese Vorteile sind für alle Karteninhaberinnen und -inhaber inklusive:

- **Data Protect:** Schutz bei finanziellen Schäden durch Kartenmissbrauch, zum Beispiel durch Phishing-Angriffe.
- **Erweiterter Online-Schutz:** Absicherung bei unbefugter Nutzung auf das private Kundenkonto eines Schweizer Online-Händlers sowie bei Problemen mit online eingekauften Dienstleistungen.

Mehr Informationen zur neuen Cyberversicherung finden Sie hier: abs.ch/de/cyber-versicherung



WICHTIGER HINWEIS ZU MONETA-BEILAGEN UND -INSERTATEN

Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

«EIN BANKER BAUT BEZIEHUNGEN AUF UND ERÖFFNET PERSPEKTIVEN»

Der 33-jährige Florian Barras kennt sich mit der Funktionsweise ethischer Banken aus. Er hat sich entschieden, Mitglied des Verwaltungsrats der Alternativen Bank Schweiz (ABS) zu werden, weil die Bank für Nachhaltigkeit und Solidarität steht. Text: Sylvie Ulmann

Foto: Anni und Julian, anni-julian.ch

Alles habe mit der Begegnung mit einem Banker begonnen, erzählt Florian Barras: «Er war zuständig für die Filiale im Dorf, in dem meine Mutter arbeitete und das etwa 100 Einwohnerinnen und Einwohner zählte. Er kannte alle, war über alles informiert und konnte so den Menschen helfen und sie bei ihren Projekten unterstützen. Der Banker baute Beziehungen auf – und genau das weckte in mir den Wunsch, diesen Beruf zu ergreifen.» Vernetzen und ermöglichen – das hat sich das jüngste Mitglied des ABS-Verwaltungsrats zu seiner Maxime gemacht.

Florian Barras studierte an der Universität Lausanne (UNIL), wo er mit einem Bachelor in Umweltwissenschaften und einem Master in Grundlagen und Praxis der Nachhaltigkeit abschloss. Bereits während seines Studiums begann er bei der UBS zu arbeiten. So konnte er sein Studium finanzieren und gleichzeitig erste Schritte in der Bankenwelt machen: «Ich bin auf dem Green des Golfplatzes aufgewachsen, den meine Mutter gegründet hatte, also zwischen Natur und Unternehmertum. Ich habe schon früh verstanden, welchen entscheidenden Einfluss die Banken in der Gesellschaft haben, ganz besonders in der Schweiz.» Florian Barras ist überzeugt: Wenn sich Business und Fairness in Einklang bringen lassen, kommt das letzt-



lich allen zugute. Er weiss aber auch, dass viele soziale und ökologische Initiativen mangels Finanzierung ins Leere laufen, da die Kriterien der Banken sehr streng sind.

Später orientierte sich Florian Barras neu und wurde Kommunikationsbeauftragter bei der Stiftung Zoein, die sich in den Bereichen Bildung, Soziales und Umweltschutz engagiert. Auch promovierte er in Umweltwissenschaften an der UNIL. In seiner Dissertation, die er vor Kurzem verteidigte, befasste er sich mit ethischen Banken im Kontext der Postwachstumsökonomie*. Seine Forschungsarbeit erlaubte ihm, die Funktionsweise zahlreicher sozial und ökologisch ausgerichteter Banken in Europa zu analysieren, darunter auch die ABS. In diesem Zusammenhang erfuhr er, dass die ABS eine Stelle im Verwaltungsrat ausgeschrieben hatte. Diese Position, die fundierte Kenntnisse der ethischen Herausforderungen in der Finanzwelt voraussetzt, schien wie auf ihn zugeschnitten zu sein. Florian Barras bewarb sich aber vor allem, weil die ABS für Solidarität und eine sozial ausgerichtete Nachhaltigkeit steht – Werte, die ihm am Herzen liegen und für die er sich einsetzen möchte.

*bit.ly/examination_ethical_banking

In Gedenken an Lukas Engelhardt

Wir trauern um unseren Mitarbeiter und Kollegen Lukas Engelhardt, der uns Anfang März unerwartet und viel zu früh, im Alter von 36 Jahren, verlassen hat.

Mit Lukas verlieren wir einen engagierten und loyalen Kundenberater. Für uns war er nicht nur ein Arbeitskollege, sondern ein treuer Freund und Wegbegleiter – ein Mensch mit Herz und Verstand. Unsere Beziehung war geprägt von Vertrauen und Respekt. Wir werden seine ruhige und überlegte Art sehr vermissen. Lukas hinterlässt eine grosse Lücke in unserem Alltag und in unseren Herzen.

Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und seinem Freundeskreis.

Das Team der Alternativen Bank Schweiz AG

EINE LEHRE BEI DER ABS

Ab August 2026 sind an unserem Hauptsitz in Olten zwei Lehrstellen frei als

KAUFFRAU/KAUFMANN EFZ BRANCHE BANK MIT ODER OHNE BERUFSMATUR

In drei Jahren bringen wir dir alles bei, was du als Bankkauffrau oder Bankkaufmann können musst. Aber nicht nur das: Bei uns lernst du auch, was eine Bank dazu beitragen kann, dass die Welt lebenswert ist und bleibt.

Während deiner Lehre erhältst du Einblick in zwölf verschiedene Abteilungen der Alternativen Bank Schweiz und entdeckst so die vielen Seiten des Bankgeschäfts. Der Berufsschulunterricht findet in Olten statt. Für die Bankbranchenausbildung und die überbetrieblichen Kurse besuchst du das Kompetenzzentrum Challenge Your Potential (CYP).

Mach deine Lehre zur Bankkauffrau oder zum Bankkaufmann bei einer Bank, die seit über 30 Jahren mehr will als das grosse Geld machen.

Interessiert? Bewirb dich ab sofort online auf abs.ch/lehrstelle. Bei Fragen hilft dir Simone Fausel, Mitarbeitende des Kreis Menschen, gern weiter: simone.fausel@abs.ch, T 062 206 16 03



Im Video erhältst du einen Einblick in die Ausbildung bei der ABS.

casafair
Eigentum
mit Verantwortung

Für
Mitglieder
zum Vorteils-
preis

**Die Wohnungs-
übergabe**
Ein Leitfaden
für Eigentümerinnen
und Eigentümer

**Korrekt
vermieten**
Ein Leitfaden
für Eigentümerinnen
und Eigentümer

**Stockwerk-
eigentum**
Ein Leitfaden
für Eigentümerinnen
und Eigentümer

**Wohnungsübergabe,
Mietrecht oder
Fragen zum
Stockwerkeigentum**

Mit den neuen Leitfäden für Eigentümerinnen
und Eigentümer für alle Situationen gewappnet.
Jetzt bestellen unter www.casafair.ch/shop

www.casafair.ch

**THE SEED
OF THE SACRED FIG**

EIN FILM VON
MOHAMMAD RASOULOF
IRAN

«PALME D'OR.»
LE TEMPS

«EIN TRIUMPH.»
DIE ZEIT

FESTIVAL DE CANNES
PRIX SPÉCIAL DU JURY

Locarno Film Festival
Piazza Grande
OFFICIAL SELECTION

**JETZT IM
STREAMING
UND AUF
DVD**

trigon-film.org filmingo.ch

50 Jahre Oikocredit: Pionierarbeit für morgen.

Oikocredit
Feiert 50 Jahre

Seit 1975 regt die Genossenschaft Oikocredit dazu an, verantwortungsvoll zu investieren, um allen Menschen die Möglichkeit zu geben, ein würdevolles Leben zu führen.

Helfen Sie uns,
unsere Vision zu
verwirklichen:
Investieren
Sie jetzt



Oikocredit Schweiz | 044 240 00 62
info@oikocredit.ch | oikocredit.org



Wenn deine Gesundheit keine halben Sachen mag.

Komplementärmedizin ist Teil unserer DNA.



egk.ch

 **EGK**
Gesund versichert

ANTHROPOSOPHISCHE
**SOMMER
TAGUNG**
ZÜRICH, 11.–14.7.2025
www.sommertagung.ch

Anlaufstelle für
ausserfamiliäre
Hofübergabe

Jetzt Abo
lösen und mit
der Suche
starten!



Die **Hofplattform** ist
der neue Treffpunkt für Hof-
suchende und Hofabgebende.

Weitere Angebote der neuen
Website
– Infobereich mit Selbst-Check
– Kostenlose Erstberatung für
Hofabgebende
– Auswahl an Berater:innen

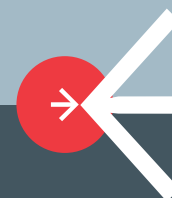
info@hofuebergabe.ch | 031 533 47 77

www.hofuebergabe.ch

HIER KÖNNTE
IHRE ANZEIGE STEHEN!

PLATZIEREN SIE
IHRE BOTSCHAFT!

In einer der nächsten
Ausgaben.



moneta.ch/inserate
moneta@abs.ch

Magazin für Geld und Geist

moneta

Gestaltung: clerici-partner.ch

«Wenn mich etwas stört, muss ich dagegen kämpfen können»

Politik ist auch eine Frage des Geldes. Trotz neuem Transparenz-Gesetz kann die Herkunft von Zuwendungen hierzulande verschleiert werden – und die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) muss sogar falsche Angaben publizieren. Dagegen kämpft der ehemalige Direktor der Behörde, Michel Huissoud, jetzt als Pensionär. Interview: Esther Banz

moneta: Michel Huissoud, dank dem neuen Transparenz-Gesetz müssen Parteien in der Schweiz Gelder, die in ihre Wahl- und Abstimmungskampagnen fliessen, offenlegen. Sie kritisieren die Umsetzung. Warum?

Michel Huissoud Als Direktor der EFK konnte ich im Auftrag des Bundesrates das Transparenz-Gesetz umsetzen. So konnten wir ein robustes System aufbauen. Aber es ist nicht gut genug.

Warum nicht?

Das erste Problem war: Das Gesetz verlangt klar eine Kontrolle – aber in der Verordnung sollte auf Geheiss des EJPD nichts mehr von Kontrolle stehen. Wir sagten: Das Gesetz kann nur vollzogen werden, indem Buchhaltungen und Bankkonti vor Ort geprüft werden. Das konnten wir durchsetzen.

Aber?

Bei einer zweiten wichtigen Frage hatten wir keinen Erfolg, nämlich: Was macht die EFK, wenn sie bei einer Kontrolle feststellt, dass eine Partei einen wichtigen Betrag nicht deklariert hat? Die EFK muss das der kantonalen Strafverfolgung melden. Aber soll sie die falsche oder unvollständige Information öffentlich machen? Darf sie die falschen Angaben korrigieren und darauf hinweisen, dass sie eine Strafanzeige eingereicht hat? Wir forderten diese Kompetenzen, erhielten sie aber nicht. Man nimmt also in Kauf, dass die publizierten Angaben unvollständig oder gar falsch sind. Das ist nicht im Sinn der Transparenz!

Sie sind inzwischen pensioniert, verlangen aber weiterhin, dass die Kontrollberichte veröffentlicht werden.

Ja! Alles andere dient der Verschleierung. Ich gelangte zusammen mit dem «Be-

obachter» an den Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten. Mittels Öffentlichkeitsgesetz verlangen wir die Herausgabe der Kontrollberichte der EFK. Aktuell warten wir auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts.

Als die ersten offiziellen Zahlen veröffentlicht wurden, sah es so aus, als erhielte ausgerechnet die SP am meisten Spenden. Wie konnte das sein?

Das hat damit zu tun, wie die Parteien in der Schweiz organisiert sind, wie zentral oder dezentral. Klar ist auch: Wenn Geld von Spenderinnen und Spendern via Stiftung oder Verein zu einer Partei fliesst, verliert sich jede Spur. Die EFK hat keine Kompetenz, zu prüfen, woher das Geld tatsächlich kommt.

Die Rangliste ist also milde gesagt nicht ganz ernst zu nehmen?

Ja. Ein weiterer Mangel ist, dass man bei der Lancierung einer Initiative erst transparentpflichtig ist, wenn die Abstimmungskampagne startet. Für alles Geld, das vorher schon für die Initiative gesammelt wurde, gibt es keine Transparenzanforderung.

Unter dem Strich: Was bringt das neue Gesetz überhaupt?

Es ist wie ein Setzling, aus dem heraus es sich weiterentwickeln soll. Mit Beat Jans im EJPD kann es jetzt vielleicht besser werden. Heute bringt es Transparenz in Bezug auf die Leute, die ehrlich sind. Aber bei allen, die Geldflüsse verstecken wollen, greift es meines Erachtens nicht.

Wie gelangen wir ganz allgemein zu einer sauberen Finanzierung der Politik?

Indem Parlamentarierinnen und Parlamentarier voll entlohnt werden für ihr politisches Mandat und es ihnen gleichzei-

tig untersagt ist, einer anderen Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Also ein Paradigmenwechsel weg vom Miliz- hin zum Berufsparlament?

Ja.

Sie mussten mit Ihrer Pensionierung Macht abgeben. Tun Sie sich schwer damit?

Ja, klar! Wenn mich etwas stört, muss ich dagegen kämpfen können – jetzt eben nicht mehr mit einer Panzerdivision, sondern mit einem Taschenmesser.

Woher kommt Ihre anwaltschaftliche Haltung für Steuerzahlende?

Ich glaube, das geht zurück auf meine frühere Tätigkeit in der Steuerverwaltung in Genf. Ich sah selbständige Gewerbetätige weinend im Büro stehen, weil sie ihre Steuern kaum bezahlen konnten. Wenn man das erlebt hat, erträgt man unwirksame Bürokratie, Leerläufe, überhaupt Geldverschwendung weniger gut.

Ich habe gelesen, Sie verstünden sich als Anarchist. Stimmt das?

Das hatte ich gesagt. Ich bin aber für einen starken Staat, der die Schwachen vor den Starken und Mächtigen schützt. Also kein klassischer Anarchist (lacht).

Foto: zg



Michel Huissoud, 67, arbeitete rund 30 Jahre für die Eidgenössische Finanzkontrolle, deren Chef er von 2014 bis 2022 war. Der Jurist schreibt seit seiner Pensionierung eine Kolumne im «Beobachter», ist Präsident des Online-Magazins «Republik» und engagiert sich politisch, unter anderem will er mit einer Volksinitiative die Bundesverfassung erneuern. Huissoud ist mit der Nationalrätin Manuela Weichelt zusammen.